Alhambra Zeitung
& Programm
Januar/Februar
2010
Recht
auf
Stadt

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: recht auf stadt
Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt 5
Das Kapital im Immobilienmarkt ist ein scheues Reh 12
Streik der Sans-Papiers in Paris 16

bildungsproteste
Interview mit Aktivist_innen aus Oldenburg 17
Wir wollen nur Streik spielen 22

diskussion
Auswertung AutonomKongress 24

knastkritik
Interview mit Werner Braeuner 27

klassenkampf
Euzkadi – ein mexikanischer Arbeitskampf 31

Ankündigungen 33

Dienstag 26.1.2010 um 20:30 im Subklub

KONTROLL VERLUSTE

INTERVENTIONEN GEGEN ÜBERWACHUNG

Buchvorstellung und Diskussion mit

Peter Ullrich (Leipziger Kamera) und

Andrej Holm (Stadtsoziologe)

editorial

Wie sicherlich auch euch, hat uns die Besetzung des Hörsaalzentrums A14 ziemlich begeistert. Es geht/ging mal wieder was in Oldenburg, noch dazu eine Besetzung. Doch für uns hat der Protest auch ziemlich viele Fragen aufgeworfen, die wir, aus unserer Position als Betrachter_innen von außen, nicht beantworten konnten. Wir haben daher ein Interview mit zwei Menschen geführt, die am Protest teilgenommen haben, und versucht, mit ihnen unsere Fragen zu klären – was uns auch gelungen ist, wie wir finden. Mittlerweile ist A14 nicht mehr besetzt, lediglich zwei Seminarräume sind als ‚Streikbüro' dauerhaft in Beschlag genommen und Hörsaal 1 steht ab 18h für Plena zur Verfügung. Vorraussetzung für die Räumung des Gebäudes war, dass das Präsidium einen Großteil der Forderungen der Streikenden erfüllt. Was der Protest gebracht hat und ob er zu einer (Re-)politisierung der Uni führt, wird sich erst zeigen müssen – wir sind da ein wenig skeptisch… aber lest lieber das Interview (S.17).

Sehr gefreut haben wir uns auch über die Einmischung der ALSO in die Proteste. – Wenn die Studis es nicht schaffen, nach draußen zu schauen müssen halt Leute von außen kommen und rein schauen. – Klug und wortgewandt wie immer wurde der Bogen von Sozialen Bewegungen zu Studis geschlagen: „Sollt ihr als akademische Elite der Bundesrepublik weiter daran arbeiten, dass die Wirtschaft wachsen kann? Dass noch mehr Waren und Dienstleistungen weltweit in immer größerem Umfang und größerer Geschwindigkeit produziert werden und zirkulieren? Dass die natürlichen Ressourcen der Erde noch effektiver ausgebeutet werden? Dass noch wirksamere Waffen hergestellt werden können? Dass neue Atomkraftwerke gebaut werden?

Oder haben wir weltweit ein Hunger- und Armutsproblem zu lösen? Eine Flüchtlingsfrage? Krankheiten zu bekämpfen, die längst als besiegt galten? Eine Klimakatastrophe zu verhindern? Sollten wir uns nach dem Scheitern der realsozialistischen Gesellschaften und den verheerenden Auswirkungen kapitalistischer Krisen Gedanken machen über eine neue Form von Vergesellschaftung und Demokratie, in der alle Menschen auf der ganzen Welt gut und selbstbestimmt leben können?"

Um dieser Analyse auch gleich Taten folgen zu lassen, lud die ALSO bei einem Besuch auf dem Plenum der Protestierenden diese zu einem gemeinsamen Zahltag mit ARGE-Rundgang ein – leider kamen ausgesprochen wenige.

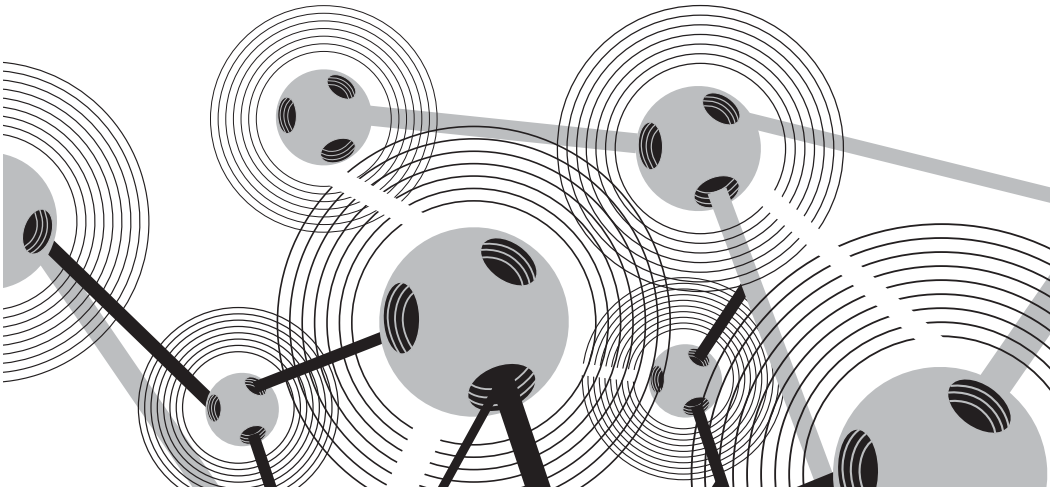
In Oldenburg wird günstiger Wohnraum knapp: Während wegen Mangels an bezahlbaren Wohnraum, z.B wegen steigender Mieten, immer weniger Menschen Wohnungen finden, entstehen stetig Bauten für die neureiche Elite. Auch die Oldenburger Wagenburg fällt diesem Prozess zum Opfer: Aufgrund der Umstrukturierung des Hafen- und Bahnhofsviertels soll sie den mehr als 15 Jahre bewohnten Platz am Stau im Sommer 2010 räumen. Zwar soll es auf jeden Fall einen Ersatzplatz geben, dennoch ist es scheiße, dass die Wagenburg einem Yuppie-Viertel weichen muss.

Weil wir es wichtig finden, die im Moment in vielen Städten geführten Anti-Gentrification-Kämpfe zu erweitern, wollen wir mit unserem Schwerpunkt „Recht auf Stadt" anregen, die Kämpfe um städtischen Raum offensiv zu führen.

Direkt in unsere Endredaktion sind die Proteste gegen den „Klimagipfel" in Kopenhagen gefallen. Ganz schön krass fanden wir wie unglaublich viele Leute präventiv abgeknastet wurden – auf der anderen Seite war es schön zu sehen, dass selbst solch krasse und willkürliche Repression die Proteste nicht unterbinden kann!

Also, lasst's euch gut gehen, überlebt den Weihnachts-Horror und seid auch im nächsten Jahr wütend, rebellisch und unberechenbar – denkt dran: immer in Bewegung bleiben!

Eure Alhambra-Redaktion



Internationale Blockade vor Abschiebeknäste in Belgien

Belgien In den frühen Morgenstunden des 31.Oktober wurden die Abschiebelager in Brugge und Vottem von etwa 120 Aktivist_innen blockiert. Mit dieser Aktion wollten die Aktivist_innen konkret verhindern, dass an dem Tag Abschiebungen von den beiden Lagern aus durchgeführt werden. Darüber hinaus wendete sie sich gegen die unmenschliche Migrationspolitik der EU insgesamt und forderten dagegen Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Die Aktionen an den beiden Orten dauerte mehrere Stunden an bis die Bullen anrückten und die teilweise fest geketteten Aktivist_innen fest nahm. (Alle wurden aber noch am gleichen Tag wieder frei gelassen.)

Türkei verbietet DTP

Türkei Am 11.12.09 wurde die linke kurdische Partei DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft) vom Verfassungsgericht in Ankara verboten. Die 21 DTP-Abgeordneten im türkischen Parlament sind daraufhin zurückgetreten.Gegen 37 DTP-Politiker_innen ein fünfjähriges Politik-Verbot verhängt. Das Verfassungsgericht begründet das Verbot damit, dass die DTP der PKK nahe stehe und separatistische Bestrebungen habe. Damit ist in der Türkei die dritte kurdische Partei seit Anfang der 1990er Jahren illegalisiert worden. Die 21 DTP-Abgeordneten im türkischen Parlament sind daraufhin von ihrem Amt zurückgetreten.

In vielen Orten Nordkurdistans, in anderen Regionen der Türkei sowie einigen Städten in Europa gingen zahlreiche DTPler_innen und Sympatisant_innen auf die Straßen um gegen das DTP-Verbot zu protestieren. Dabei kam es in einigen Orten zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei viele Demonstrant_innen verletzt und verhaftet wurden.

In den vergangenen Wochen und Tagen wurden etliche rassistische und nationalistische Übergriffe auf Kurd_innen bzw. kurdische Einrichtungen in der Türkei begangen.

Oldenburger morden bald wieder in Afghanistan

Oldenburg/Afghanistan Wie schon seit einiger Zeit angekündigt, geht die in Oldenburg und Seedorf stationierte Luftlandebrigade 31 „Oldenburg" nächstes Jahr nach Afghanistan. Nun wurde bekannt, dass die Brigade schon im März 2010 ihre Aufgabe als Besatzer und Mörder, pardon ääähh, Frieden schaffende Engel im Norden Afghanistans antreten soll. Diese Einheit bildet zusammen mit dem berüchtigten KSK und einer weiteren Luftlandebrigade die „Speerspitze" der Bundeswehr, die „Division Spezielle Operationen". Nun dürfen sie also schon zum zweiten Mal in Afghanistan „zeigen was sie können". Und wenn es nach der CSU geht auch gleich ausgestattet mit einem „robusten Mandat". Na Prost Mahlzeit, als wenn die Bundeswehr in letzter Zeit nicht schon robust genug im Norden Afghanistans vorgehen würde... Um den Einsatz „unserer" Oldenburger Brigade noch abzurunden ist ihr Kommandeur, der Brigadegeneral Frank Leidenberger, seid November 2009 zum Regionalkommandeur Nord der ISAF ernannt worden. Viele gute Gründe um auch hier in Oldenburg mal zu überlegen, was wir gegen solch ein Treiben unternehmen könnten!

Fahrraddemo gegen herrschende Klimapolitik

Oldenburg Am frühen Abend des 30.11. 09 protestierten rund 30 Leute mit mehreren kurzzeitigen, symbolischen Straßenblockaden auf Oldenburger Hauptverkehrsstraßen und einer kurzen Spontandemo durch die Innenstadt gegen die »Klimapolitik« der Industriestaaten. Gleichzeitig sollte mit den Aktionen auf den vom 7.-18. Dezember in Kopenhagen stattfindenden »COP15 Weltklimagipfel« aufmerksam gemacht werden, bei welchem die Herrschenden die Legitimität des globalen Kapitalismus durch Einläuten einer Ära des »grünen« Kapitalismus wieder herzustellen versuchen – eine neue Rhetorik vom »Retten des Klimas« zur Rechtfertigung ihrer menschenverachtenden Produktionsweisen, ihrer Repression, ihrer aufgerüsteten Grenzen, ihrer kolonialen Ressourcenkriege.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

FAU-Berlin darf keine Gewerkschaft sein

Berlin Per einstweiliger Verfügung erklärte das Landgericht Berlin, dass es der „Freien ArbeiterInnen Union Berlin (FAU-IAA)" ab sofort verboten sei sich Gewerkschaft bzw. Basisgewerkschaft zu nennen. Das Urteil vom 11. Dezember 2009 untersagt der Basisgewerkschaft sich als solche zu bezeichnen und bezieht sich auf ein Urteil des Arbeitsgerichts Berlin vom Oktober 2009. Im Zuge eines Arbeitskampfes wurde der FAU-IAA dort aus angeblichem Mangel an Durchsetzungsfähigkeit die Tariffähigkeit aberkannt worden. Auch der Boykott des Arbeitgebers (das Berliner Kino „Babylon") war ihnen und ihren UnterstützerInnen untersagt worden. Die Gewerkschaftseigenschaft jedoch war in dem Urteil überhaupt nicht in Frage gestellt worden.

Die FAU-IAA Berlin kündigte an, dass sie gegen diesen Beschluss vorgehen wird. Lars Röhm, Berliner Sekretär, erklärt dazu: „Dieser Angriff auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit kommt einem Gewerkschaftsverbot gleich. Nach unserem Verständnis sind es immer noch die Beschäftigten selbst, die sich entscheiden wie sie sich organisieren. Sollte dieser Beschluss Bestand haben, ist das nicht nur ein Angriff gegen die FAU Berlin, sondern gegen jede Form der unabhängigen Basisorganisierung."

Soli-Demo für Mumia Abu-Jamal

Oldenburg Am Mittwoch, dem 9.12. 2009 fanden weltweit in zahlreichen Städten Aktionen anlässlich des 28. Jahrestags der Festnahme des im Jahre 1981 in den USA zum Tode verurteilten linken Journalisten und ehemaligen Black Panther-Party-Aktivisten Mumia Abu-Jamal statt. Auch in Oldenburg trotzten knapp 40 Leute dem vorweihnachtlichen Konsumterror in der Innenstadt, um dort ein Zeichen für das Leben und die Freiheit von Mumia zu setzen. Neben einer Umbennung des Julius-Mosen-Platzes in den »Mumia Abu Jamal-Platz« gab es eine kleine Spontandemo durch die City, welche dann beim Alhambra endete.

Proteste gegen Schlecker XL

Edewecht/Bremen Sowohl in Edewecht als auch in Bremen wurde kürzlich eine neue „Schlecker XL"-Filiale eröffnet. Diese Filialen werden von einer Tochterfirma nach einem neuen Konzept betrieben, das zwar als Strukturwandel und Image-Überholung verkauft wird, jedoch nur auf Profitmaximierung abzielt. Alte Filialen werden geschlossen und die Beschäftigten entlassen. Gleichzeitig werden bei der von Schlecker gegründeten Zeitarbeitsfirma „Meniar" neue Mitarbeiter_innen eingestellt – für unter acht statt vorher zwölf Euro pro Stunde. Das bedeutet eine Lohnkürzung um über 30%. Die Bezahlung ist weder über Tarifverträge geregelt noch gibt es feste Arbeitszeiten. Weihnachts- oder Urlaubsgeld werden ebenfalls nicht mehr gezahlt. Begründet werden diese Zumutungen mit gesunkenen Umsätzen, dabei ist

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Schlecker bis heute schuldenfrei. Dass Menschen von solchen Löhnen kaum noch leben können, weiß auch der Konzern, er empfiehlt seinen Beschäftigten deswegen, zusätzlich Hartz IV zu beantragen.

Gegen diese beschissenen Arbeitsbedingungen gab es bei beiden Neueröffnungen Prosteste: In Edewecht lehnten sich am Morgen des 27. Novembers Gewerkschafter_innen und Mitglieder der *Unabhängigen Wählergemeinschaft Edewecht* gegen die Neueröffnung auf, während einen Tag später ein Flashmob am Klopapier-Regal im Schlecker XL in Bremen-Gröpelingen stattfand. Nach einer Kundgebung im Bremer Markt und einem offenen Mikrophon für alle formierten sich die Protestierenden zu einer spontanen Demo. Laut dem Bremer Mayday-Bündnis ist dies nur der Anfang des Protestes gegen Schlecker, wobei das natürlich nur ein Beispiel unter vielen ist.

Tag der Student_innen im Iran

Iran Am 7.12.09 kam es am „Tag der Student_innen" zu Protesten der Opposition im Iran. Seit am 7.12.1953 drei Studenten ermordet wurden, findet ihnen jährlich mit dem Student_innentag gedacht. In diesem Jahr wurde zu Massenproteste der iranischen Opposition aufgerufen, denen viele freiheitsliebende Menschen folgten. Bei den Demos wurden Parolen, wie „Nieder mit der islamischen Republik", skandiert. In der tat ist des so, dass sich die Protestbewegung in den vergangenen Monaten radikalisiert hat. So wird Musawi inzwischen scharf kritisiert. Die Herrschenden im Iran antworteten mit Gewalt und Verhaftungen auf die Proteste. International fanden zahlreiche Solidaritätsproteste statt.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Recht auf Stadt – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt

von Andrej Holm

Ziel der Veranstaltungsreihe „Die Stadt im Neoliberalismus“ war nicht nur eine Bestandsaufnahme verschiedener Tendenzen einer neoliberalen Stadtentwicklung sondern auch die Vorstellung von Alternativen und die Diskussion zu den Möglichkeiten von sozialen Bewegungen in städtischen Kontexten.

Unter dem Stichwort „Right to the City“ („Recht auf Stadt“) konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche in den städtischen Entwicklungen einfordern. Inhaltlich geht die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück, der schon in den 1960er Jahren das “Recht auf Stadt” als eine “Recht auf den Nichtausschluss” von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft konzipierte (Lefebvre 1990: 160). Das Verständnis von Stadt bleibt bei Lefebvre jedoch nicht auf der physisch-materiellen Ebene städtischer Infrastrukturen stehen, sondern schließt die Ebenen einer Repräsentation des Städtischen mit ein. Gemeint sind damit alle Formen des diskursiven und instrumentellen Entwurfs künftiger städtischer Entwicklungen. Recht auf die Stadt – so ließe sich dieses Verständnis zusammenfassen – beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Neben den praktischen Ausschlüssen thematisiert die “Right to the City”-Forderung also auch die Beteiligungsformen an der Diskussion um die künftigen Schwerpunkte der Stadtentwicklung. Diese inhaltliche Breite hat das „Right to the City“ zu einer attraktiven und vielfach aufgegriffenen Legitimationsformel für städtische Protestbewegungen werden lassen.

Doch städtische soziale Bewegungen lassen sich nicht auf eine Parole oder Forderung verkürzen, sondern begleiten mit unterschiedlichen Zielen, Organisationsmodellen und Aktionsformen die Geschichte der kapitalistischen Urbanisierung seit den Jahren der Industrialisierung. Im Beitrag will ich versuchen einige Erfahrungen aus der sehr wechselhaften Geschichte der städtischen Proteste zu skizzieren, die für heutige Auseinandersetzungen von Interesse sein könnten. Ich werde daher im ersten Abschnitt die Geschichte der städtischen Kämpfe kurz umreißen, in einem zweiten Abschnitt auf die als „social urban movements“ bezeichneten sozialen Auseinandersetzungen in den Städten Westeuropas und Nordamerikas seit den 1960er Jahren eingehen, um in einem dritten Abschnitt die aktuellen Bewegungsansätze vorzustellen. Im abschließenden vierten Abschnitt des Textes werde ich versuchen, aus den historischen und internationalen Erfahrungen einige Perspektiven für eine stadtbezogenen Protestpraxis in der Bundesrepublik zu entwickeln.

1. Moralische Ökonomie in städtischen Kämpfen des 19. Jahrhunderts

Ohne hier tiefergehend auf die Beschreibung des sozialen Elends bei der Herausbildung einer kapitalistischen Wirtschaft einzugehen, sei dennoch auf die dramatischen Verstädterungsprozesse verwiesen, die mit der Entstehung der Manufakturen und später der Industrien einhergingen. Millionen von Landarbeiter/innen wurden in die Fabriken und Städte gezwungen, weil unter dem Diktat des Eigentums die bäuerlichen Existenzbedingungen zerstört wurden. Der britische Sozialhistoriker Edward P. Thompson hat mit seinem Hauptwerk „The making of the English working-class” (Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse) eine eindrucksvolle Beschreibung der damaligen Lebensverhältnisse und Überlebenskämpfe vorgelegt. Folgt man seinen Beschreibungen dann war der Urbanisierungsprozess fast das gesamte 18. und 19. Jahrhundert von sozialen Unruhen und Aufständen begleitet (Thompson 1980). Die Herausbildung der großen Städte bedeutete zugleich, dass mit der Stadt ein neuer Ort und Gegenstand von sozialen Protesten entstand. Insbesondere Hungerrevolten und Marktaufstände waren Reaktionen auf die katastrophale Versorgungslage der ausgebeuteten Proletarier/innen. Thompson beschreibt die-

se Empörung über die unerträglichen Lebensverhältnisse als „Rebellion des Bauches“ (Thompson 1980: 67), deutet die Aufstände aber in einem größeren Kontext als Proteste gegen die ursprüngliche Akkumulation und die Unterwerfung unter die Zwänge der kapitalistischen Industrieproduktion. Für seine Perspektive als Sozialhistoriker von besonderem Interesse waren die Motivationen und moralischen Begründungen der Unruhestifter/innen. Nach der Analyse von Dutzenden Beispielen erlangt er zu der Überzeugung: „In fast jeder Aktion der Volksmenge im 18. Jahrhundert können wir Legitimationsvorstellungen entdecken“ (Thompson 1980: 69). Als wesentliche Mobilisierungsressource der „erste Generation mobilisierter Proletarier“ beschrieb Thompson das „Sozialrecht der Dorfgemeinschaften“, welches noch nicht in Vergessenheit geraten war. Dabei ging es insbesondere um ein Bewusstsein, traditionelle Rechte und Gebräuche zu verteidigen und sich auf eine breite Zustimmung des Gemeinwesens stützen zu können. Thompson fasst dieses Bewusstsein über traditionelle Rechte als einen „Volkskonsens“ auf und zeigt an vielen Beispielen, dass dieser teilweise auch durch Freiräume der Obrigkeit gewährt oder bekräftigt wurden. Konkret bezogen auf die Hungerrevolten, die sich oftmals an den zu hohen Preisen auf den Lebensmittelmärkten entzündeten, beschreibt er einen „volkstümlicher Konsens darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube legitim und was illegitim sei“. Abstrakter gesprochen handelt es sich dabei um eine moralische Ökonomie, also eine „geschlossene, traditionsbestimmte Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und angemessener wirtschaftlicher Funktionen“ (Thompson 180:100). Die Aktionen und Unruhen interpretiert Thompson als Aktionen der Einschüchterung zur Wiederherstellung einer moralischen Ordnung: „Männer und Frauen, die dem Verhungern nahe waren griffen Mühlen und Kornspeicher an, nicht etwa um Nahrungsmittel zu stehlen, sondern um die Besitzer zu strafen“ (ebenda: 104). An anderer Stelle heißt es ähnlich: „Die Armen wussten, dass der einzige Weg, die Reichen zum Nachgeben zu bringen, darin bestand, ihnen den Arm umzudrehen“ (ebenda: 106). Die Historikerin Karin Hausen ging in ihren kritischen Ansätzen zu einem historischen Forschungsansatz sogar soweit, dieses „Gewaltpotential“ zum Definitionskriterium für die sozialen Proteste der frühen Industrialisierung/Urbanisierung zu erheben: Soziale Proteste, so fasst sie zusammen sind „illegale Mittel und Wege, um kollektiv erkannte Interessen gegenüber herrschenden und privilegierten Gruppen anzumelden und durchzusetzen“ (Hausen 1977).

Auch der Historiker Eric Hobsbawm widmet seine Studien zu „Revolution und Revolte“ (Hobsbawn 1977) den Großstädten als Orten des Aufstandes und verweist auf ein eigenes Argument, die Fülle an städtischen Unruhen zu erklären. Seine Begründung für städtische Aufstände ist zunächst überraschend phänomenologisch: Städte seien Orte „an dem Arme dicht beieinander wohnen“ und „gleichzeitig Sitz der Macht“ (Hobsbawn 1977: 302). Dies habe enorme Auswirkungen auf die Mobilisierungsfähigkeit (dichte Besiedlung, homogene Erfahrungswelten, zentrale Plätze/Einrichtungen) und die Wirksamkeit (Sitz von Regierungen, Reichenviertel, zentralen Infrastruktureinrichtungen) von städtischen Protesten. Doch allein aus den geografischen und baulichen Gegebenheiten heraus will auch Hobsbawn die urbanen Revolten nicht erklären. Am Ende seines lesenswerten Bandes stellt er noch

einmal klar: „Revolutionen entstehen aus der politischen Situation und nicht, weil sich ein paar Städte von ihrer Struktur her gut für einen Aufstand eignen“ (Hobsbawn 1977: 320).

Doch nicht nur die Durchsetzung der neuen ökonomischen Verhältnisse, sondern auch die städtischen Lebensbedingungen selbst wurden zum Gegenstand der sozialen Kämpfe. Insbesondere Proteste gegen Mietwucher, Räumungskrawalle und Mietstreikkampagnen begleiteten die Phasen der kapitalistischen Urbanisierung. So bieten die häufigen Wohnungsräumungen in Folge der ungesicherten rechtlichen Verhältnisse der Mieter/innen – Mietverträge, wenn es sie überhaupt gibt, konnten oft ohne Gründe und Kündigungsfristen aufgekündigt werden – in fast allen Städten Anlass zu spontanen und oft gewalttätigen Solidarisierungen mit den betroffenen Familien (siehe Rada 1991). In Reaktion auf die Verschärfung der Wohnungsnot nach dem 1. Weltkrieg etablierten sich in vielen europäischen Großstädten Formen der öffentlichen Regulation des Wohnungsmarktes. Mit Zwangsabgaben für Wohnungseigentümer, Mietpreisbindungen und öffentlichem Wohnungsbau wurden marktfernen Elementen der Wohnungsversorgung durchgesetzt (Ruck 1988). Mit dieser Zunahme an staatlichen und kommunalen Interventionen in den Wohnungsmarkt einher geht die Institutionalisierung städtischer Auseinandersetzungen – statt spontaner Proteste steht nun immer öfter der Kampf um politische Mehrheiten im Vordergrund. Mit dieser Zunahme an staatlichen und kommunalen Interventionen in den Wohnungsmarkt einher ging die Institutionalisierung städtischer Auseinandersetzungen – statt spontaner Proteste stand immer öfter der Kampf um politische Mehrheiten im Vordergrund.

2. Städtische Protestbewegungen nach 1968

Mit den gesellschaftlichen Aufbrüchen der 68er Bewegung und ihren Kritiken an der autoritären Formation von Staatlichkeit entstehen auch neue städtische Bewegungen. Unter dem Begriff der urban social movements (städtische soziale Bewegungen) zusammengefasst werden vielfältige Initiativen und Bewegungsansätze, die sich stärker als die frühen städtischen Proteste Fragen der sozialen Gerechtigkeit mit Partizipationsansprüchen koppeln. Im Vordergrund stehen nicht mehr in erster Linie die unzumutbaren Lebens- und Wohnverhältnisse, sondern eine Kritik an den bürokratischen und autoritären Formen der Stadtplanung und der Zerstörung nachbarschaftlicher Strukturen. Manuel Castells fasst die Zielkoordinaten der urban social movements mit den drei Zielen kollektive Konsumption, kulturelle Identität und politische Selbstbestimmung zusammen (Castells 1983). Der Begriff der kollektiven Konsumption steht dabei für die Gesamtheit der städtischen Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen, zu denen der Zugang auch in der fordistischen Phase der Stadtentwicklung keineswegs gleichermaßen für alle soziale Gruppen der Städte offen war.

Seit den 1960er Jahren jedoch haben sich die Rahmenbedingungen der Urbanisierung mehrfach verändert. Dies spiegelt sich in den Themensetzungen, Forderungen, Akteurszusammensetzungen und Organisationsweise der sozialen Bewegungen in Städten wider. Um die aktuellen Bewegungsansätze rund um das „Right to the City“ Konzept zu analysieren, lohnt sich also ein Blick zurück in die Geschichte. Die Politikwissenschaftlerin Margit Mayer hat verschiedene Wellen der urban social movements beschrieben (Mayer 2008).

Für die Phase der der 1960/70er Jahre – also der Krise des Fordismus – sieht sie eine Verschiebung der politischen Protestbewegung von Fabrik in die Stadt, die Manuel Castells als Kombination aus Klassenkampf, Community und Solidarität beschrieben hat (Castells 1983). Losungen wie das „Wir wollen alles“ der italienischen Autonomiebewegungen stehen für progressive und emanzipative Alternativen der Stadtentwicklung aber auch für die Forderung nach einem uneingeschränkten Zugang zu den Wohlfahrtsleistungen des Sozialstaates für alle.

In den 1980er Jahre – also mit der neoliberalen Transformation – sind städtische Proteste durch eine Mischung von alten (Arbeitslosigkeit, Armut, Segregation) und neuen Themen (Wohnungspolitik, Hausbesetzungen, Freiräume) geprägt. Margit Mayer verweist zudem auf eine Mittelklassedominanz in den Bewegungen, die zu neuen Aufspaltungen führt: insbesondere zwischen denen, die durch die Proteste gesellschaftlichen Einfluss erlangen konnten und den in den neuen Partnerschaften Ausgegrenzten. Während dies auf der einen Seite zu Radikalisierungen führte, etwa in den oft militant geführten Hausbesetzungsbewegungen – veränderte sich für viele das Verhältnis zum Lokalstaat, der sich vor allem angesichts nationalstaatlicher Kürzungspolitiken in den Augen vieler vom Gegner zum Partner wandelte. Diese neue Form der Institutionalisierung von Protestbewegungen wird von Margit Mayer sehr plastisch in der Metapher „vom Protest zum Programm“ beschrieben.

Seit den 1990er Jahren und dem Übergang zu einem „roll-out-Neoliberalismus“ sind soziale Bewegungen in den Städten mit kommunalen Institutionen konfrontiert, die bewegungsnahe Verfahren (z.B. Partizipationsverfah-

ren) zur Optimierung des Regierens in ihr eigenes Handeln übernehmen. Insbesondere die scheinbar mühelose Integration linker Bewegungsmuster/ Forderungen in die Entwicklungsvisionen der Stadtregierungen hat auch die Ausgangsbedingungen für städtische Protestbewegungen verändert. Linke Stadtpolitik orientiert sich nun stärker an den sozialen Rändern der städtischen Gesellschaften und setzt auf eine Aktivierung der städtischen Unterklassen. Schwerpunkte der Aktivitäten sind oftmals Anti-Gentrification-Kämpfe, Kämpfe um Teilhabe insbesondere von marginalistisierten Gruppen und Auseinandersetzungen um die zunehmende Privatisierung und Überwachung öffentlicher Räume. Aktivitäten wie die Innenstadtaktionstage, Reclaim the Streets aber auch die Proteste gegen die Residenzpflicht stehen für diesen Protestzyklos. Typisch für diese Phase städtischer Protestbewegungen sind thematische und personelle Verknüpfung mit den erstarkenden globalisierungskritischen Bewegungen und ein trotz der Randgruppenorientierung gesamtstädtischer Gestaltungsanspruch. Die Forderungen der Proteste wollen nicht geringeres als eine andere Gesellschaft und ihre Losungen lauten: „Wessen Stadt ist die Stadt?", „Eine andere Stadt ist möglich" und eben „Right to the City" (Mayer 2008).

3. Right to the City gegen die neoliberale Stadt

Wie auch in den früheren Phasen der Geschichte sind die Städte auch im Zeitalter des Neoliberalismus Ausdruck, Motor und Arena gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Als zentrale Merkmale einer neoliberalen Neuordnung des Städtischen können der Übergang zu unternehmerischen Stadtpolitiken[1], eine zunehmende Globalisierung der Stadtentwicklung[2] sowie neue Formen des kommunalen Regierens[3] beschrieben werden

Diesen Entwicklungstrends entsprechend werden verschiedene Linien der Mobilisierungen gegen die Neoliberalisierung des städtischen Regierens sichtbar. Zum einen sind Aktivitäten gegen Orientierungen an einer unternehmerischen Stadtentwicklung, Wachstumskoalitionen und Großprojekte (z.B. Anti-Gentrification-Kampagnen, aber auch Widerstand gegen Privatisierung) zu benennen. Daneben sei auf die traditionellen soziale Proteste und Arbeitskämpfe verwiesen, die Fragen der „social urban justice" thematisieren. Ein weiteres Themenfeld der aktuellen städtischen Protestbewegungen ist die Stadt als Ort der Globalisierung. So formieren sich verschiedenen Aktivitäten um Fragen der Demokratisierung internationaler Investitionen aber auch für die Legalisierung papierloser Migrant/ innen (Grell 2007).

Bezeichnend für die neue Generation städtischer Proteste sind Bedingungen, die eine globale Artikulation städtischer Proteste ermöglichen. So koordinieren sich gewerkschaftliche Auseinandersetzungen zum Teil über die Kontinente hinweg, weil auch die Unternehmensstrukturen sich über lokale und nationalstaatliche Grenzen hinweg ausgedehnt haben. Auch Widerstandstrategie gegen eine zunehmende Fondisierung der städtischen Infrastruktur haben oft einen internationalen Charakter, weil die lokalen Lebensbedingungen direkt mit internationalen Finanzkreisläufen werden. Ein anderes Beispiel für die hier beschriebene Internationalisierung städtischer Bewegungen sind die oftmals internationalen Proteste gegen Häuserräumungen von sozialen Zentren oder selbstorganisierten Kultureinrichtungen. So gab es in Reaktion auf die Räumung des für die Szene in Kopenhagen zentralen Ungdomshuset Demonstrationen und zum Teil Straßenschlachten in mehr als 30 Städten in über 10 europäischen Ländern (Birke/ Larsen 2008). Auch das seit 1990 besetzte Hausprojekt Köpi in Berlin setzt bei Räumungsdrohungen seit Jahren auf eine internationale Mobilisierung und lädt zu Aktionstagen eine, zu denen Aktivist/innen aus vielen Ländern anreisen und mit der latenten Drohung der Bereitschaft zu einer militanten Hausverteidigung eine Räumung bisher verhindern konnten.

Aktuell stellen sich viele dieser neuen Bewegungsansätze unter den gemeinsamen Rahmen eines Right-to-the-City-Ansatzes. Mit diesem Label erhoffen sich die oft lokal organisierten Protestbewegungen eine Akkumulation der bisherigen single issue Proteste in verschiedenen Konfliktfeldern. Die Forderung nach einem Recht auf die Stadt steht dabei ganz im theoretischen Sinn von Lefebvre für einen Teilhabeanspruch an den städtischen Leistungen, Räumen und Ressourcen. Der Rechtsbegriff der Kampagnen wird dabei weniger auf einen juristisch einklagbaren Anspruch bezogen als vielmehr im Sinne einer Legitimität der Wiederaneignung verwandt. Der Bezug auf die Stadt bietet nicht nur einen räumlichen Fokus der eigenen Aktivitäten und Organisierungsversuche sondern benennt zugleich einen Adressaten der Forderungen. Einen expliziten Bezug auf das „Right to the City" Konzept haben verschiedenen Initiativen 2006 angesichts „Post-Katrina-Katastrophe des Wiederaufbaus" in New Orleans (Davis 2005) formuliert. In ihrem Kampf gegen die soziale Säuberung und Aufwertung der Stadt im Zusammenhang mit den Wiederaufbauplänen (Jakob/Schorb 2008) hieß es in einem Grundsatzpapier des Bündnisses: " We all have the right to remain and return to our cities, to take back our streets and neighbourhoods, and to ensure that they exist to

serve people rather than capital. We all have a right to the city".

Doch auch in anderen US-amerikanischen Städten haben sich in den letzten Jahren stadtpolitische Initiativen als "Right to the City"-Kampagnen zusammengeschlossen um die verschiedenen Formen der städtischen Ausgrenzung zu thematisieren und ein "Recht auf Stadt für alle" einzufordern. Die Stadt als Ort und Mechanismus der Ausgrenzung und Integration wird dabei zum Rahmen für die Verbindung von sonst eher getrennt organisierten Sphären sozialer Auseinbandersetzungen. Im Januar 2007 gründeten Basisaktivist/innen, Stadtforscher/innen und Anwält/innen eine landesweite „Right to the City Alliance" (RTTC) und versuchen stadtbezogene Proteste und Forderungen zu koordinieren (siehe http://www.righttothecity.org/). Konkrete Dimensionen der Forderungen nach einem Recht auf die Stadt sind in den gemeinsamen Prinzipien formuliert. Gefordert werden unter anderem ein Recht auf Wohnen (und Landnutzung) frei von Marktspekulation und zur Förderung der Nachbarschaftsstrukturen, nachhaltiger lokaler Ökonomien und kultureller sowie politischer Räume; ein Recht auf dauerhaftes öffentliches Eigentum für öffentliche Nutzungen; ein Recht auf ökonomische Gerechtigkeit; ein Recht auf ökologische Gerechtigkeit (insbesondere Lebens- und Umweltqualitäten an Wohn- und Arbeitsplätzen); ein Recht auf Unversehrtheit vor Polizei- und Staatsgewalt sowie Einwanderungsrechte; das Recht auf öffentliche Dienstleistungen (insbesondere zur Unterstützung der sozialen und kulturellen Integrität der Nachbarschaften) und ein Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung an städtischen Planungsprozessen. Aus einer bewegungstheoretischen Perspektive bietet der "Right to the City" Ansatz die Möglichkeit, die fragmentierten Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Städten in einen gemeinsamen Rahmen zu stellen und die Auseinandersetzung um verschiedene Formen der Benachteiligung mit einander zu verbinden.

In Europa wurde der Ansatz unter anderem von der International Alliance of Inhabitants (IAI) (http://eng.habitants.org/) aufgegriffen, die sich mit einer internationalen Kampagne gegen Zwangsräumungen („Zero-Eviction-Campaign") vor allem auf den Bereich der Wohnungsversorgung konzentriert. Im Zentrum stehen Forderungen nach einem uneingeschränkten Zugang zur Wohnungsversorgung für marginalisierte Gruppen („Recht auf Wohnen"), die Unterstützung bei der Aneignung preiswerter Wohngelegenheiten durch Hausbesetzungen und bei Auseinandersetzungen um den Erhalt von Nachbarschaften gegen Abriss und Kommerzialisierung sowie die Forderung nach einer sozial orientierten Wohnungspolitik in Europa.

In den stadtpolitischen Debatten in der BRD wird das Konzept bisher nur als Parole, jedoch noch nicht als Organisationsansatz aufgegriffen. Zwar luden im vergangenen Jahr gleich mehrere größere Konferenzen und Tagungen unter dem Motto „Right to the City" ein, doch trotz einer Zunahme an lokalen Initiativen gegen städtische Umstrukturierungen und Wohnungsprivatisierungen gibt es bisher noch kein übergreifendes Netzwerk für städtische Protestbewegungen.

4. Vom Right to the City zur Visionen eines kommunalen Sozialismus

Als Bestandteil der lokalen „Right to the City Alliance" hat die Organisation Tenants & Workers United (TWU) in Virginia (http://www.tenantsworkers.org) ein mögliches Programm für einen kommunalen Sozialismus erarbeitet. Die Forderungen und Vorschläge beziehen sich dabei konsequent auf die kommunale Ebene der Staatlichkeit. Jon Liss und David Staples stellten im letzten November auf der „Right to the City" Konferenz in Berlin die Konturen ihres Programms vor und zeigten, dass sich im Rahmen der „Right to the City" Kampagnen im Gegensatz zu traditionellen Organisationsansätzen neue Mehrheitsbewegungen (majority movements) aufbauen lassen. Mit dem Zusammenschluss zu solchen majority movements sollen die Beschränkungen von traditionellen und oft marginalisierten Organisationsansätzen verschiedener Minderheiten aufgebrochen werden (Liss/Staples 2008). Ihr Programm eines kommunalen Sozialismus beschreiben sie als einen von vielen möglichen Wegen, das Recht auf Stadt in die Praxis umzusetzen. Eine zentrale Forderung dabei bezieht sich auf eine kommunale

Kontrolle der öffentlichen Finanzen. Damit verbunden ist die Einrichtung von öffentlichen Kontrollgremien, die bei der Vergabe öffentlicher Gelder sicherstellen sollen, dass diese Gelder für vernünftige Zwecke ausgegeben werden und mit den daraus gezahlten Gehältern ein Überleben tatsächlich möglich ist. Auch bereits bekannte Elemente finden sich in dem Programm wieder, wie die partizipativen Haushalte, über deren Vergabe basisdemokratisch entschieden wird. In den Vorstellungen des lokalen Sozialismus sollen die kommunalpolitischen Ressourcen der Verwaltungen zur Organisation gegen das globale Kapital genutzt wird. Dabei gehen die Aktivist/innen von TWU davon aus, dass linke Stadtregierungen sich den Zwängen der internationalen Finanzmärkte nicht voll entziehen können, aber sie können – so die Forderung – ihre Infrastruktur den sozialen Bewegungen zur Verfügung stellen. Im Sinne einer bewussten Förderung von Minderheiten sollen darüber hinaus die Städte Verantwortung bei der Versorgung von Minderheiten mit öffentlichen Jobs übernehmen. In einem ganz ähnlichen Mechanismus soll ein neuer kommunaler Konsens hinsichtlich der besonderen Bedürfnisse farbiger Frauen aufgebaut werden. Bezogen auf die Wirtschaftspolitik beschränkt sich der Sozialismus der TWU auf die Förderung von Kooperativen im Produktionssektor und genossenschaftlichen Wohnprojekten. Ungleich weitgehender und dennoch praktikabel ist die Forderung zur Einrichtung von Immigrant Sanctuary Zones (Schutzzonen für Migrant/innen), in denen es den Polizeikräften und öffentlichen Verwaltungen explizit untersagt wird, die nationalstaatlichen Behörden bei der Durchsetzung von Einwanderungs- und Aufenthaltsbestimmungen zu unterstützen (siehe Grell 2008). Komplettiert wird das Programm des kommunalen Sozialismus um die Forderungen nach lokalen Festlegungen zu Arbeitszeitverkürzungen und Programmen zu einer ökologischen Erneuerung der Stadt (Liss/Staples 2008).

Auch wenn viele der Forderungen sich explizit auf US-amerikanische Verhältnisse beziehen und sich nicht einfach auf die Verhältnisse hierzulande übertragen lassen, aus den organisatorischen und politischen Ansätze der Right to the City Bewegungen können dennoch einige Impulse für stadtpolitische Initiativen hier gewonnen werden. So zeigt die relative Präsenz der Protestbewegungen, dass eine (Re)Politisierung der Stadtentwicklung möglich ist. Vor allem wenn es gelingt, verschiedene Themenfelder zu verknüpfen und neue Mehrheitsbündnisse zu bilden. Inhaltlich orientieren sich die Forderungen nach einem Recht auf die Stadt an einer Wiederaneignung der Stadt und ihrer Versprechen für die zurzeit davon ausgeschlossenen. Solch ein Protagonismus der Ausgegrenzten könnte zu einem Ausgangspunkt und Kriterium einer linken Stadtpolitik werden – doch um den Preis, eine solche Parteilichkeit in den Forderungen auch politisch vertreten zu müssen. Die damit verbundenen Umverteilungen werden im System der Parteiendemokratie kaum Unterstützung finden, weil Orientierungen an den Benachteiligten in der Regel keine parlamentarischen Mehrheiten finden. Eine Entwicklung hin zu einer anderen Stadtentwicklung wird daher immer nur so stark sein, wie die Basisbewegungen, die sie durchsetzen wollen. Aus den Erfahrungen der städtischen Proteste in der Vergangenheit und in anderen Ländern erscheint eine Orientierung an möglichst breiten Bündnissen und möglichst vielfältigen Aktionsformen – von administrativen Lösungsvorschlägen über Massenproteste bis hin zu konkreten Wiederaneignungen und direkten Aktionen – das Gebot der Stunde zu sein.

[1] Als unternehmerische Stadtpolitik werden die Ausrichtung der Stadtpolitik im Rahmen einer interurbanen Raumkonkurrenz, die Ökonomisierung bzw. Verbetriebswirtschaftlichung städtischer Aufgaben und Leistungen sowie eine unternehmerische Orientierung städtischen Agierens im schumpeterschen Sinne einer kreativen Steuerung ökonomischer und administrativer Prozesse verstanden (Harvey 1989; Jessop 1997).

[2] Als Zeichen für die Globalisierung der Stadtentwicklung gelten sowohl die zunehmende Einbettung städtischer Ökonomien in globale Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und die Fondisierung der Immobilieninvestitionen als auch die Orientierung von Stadtpolitiken an global verfügbaren Modellen, Leitbildern und Instrumenten oder die Ausrichtung der Stadtentwicklung an globalen Events und globalen Akteuren.

[3] Als neue Formen des Regierens werden insbesondere kommunale Governance-Regimes bezeichnet, die anderes als das klassische Verwaltungsregieren von Partnerschaften mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren gekennzeichnet ist. Zudem ist in vielen Städten eine verschärfte Ausgrenzung von als störend empfundenen Bevölkerungsgruppen zu beobachten, die von dem kritischen Geographen Neil Smith treffend als „revanchistischen Stadtpolitik" (Smith 1996) bezeichnet wurde.

Literatur:

Birke, Peter; Larsen, Chris Holmsted 2008: Besetze deine Stadt! – BZ din by! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen. Berlin: Assoziation A

Castells, Manuel 1983: The City and the Grassroots. London: Edward Arnold

Davis, Mike 2005: Gentrifying Disaster. In: Mother Jones, 25.10.2005 (http://www.motherjones.com/commentary/columns/2005/10/gentrifying_disaster.html, zuletzt aufgerufen am 19.01.2009)

Grell, Britta 2007: Immigrant Rights Campaigns. Transnationale Migranten als Träger neuer städtischer sozialer Bewegungen in den USA. In: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 149, 37. Jg., 2007, Nr. 4, 579-595

Harvey, David 1989: From managerialism to entrepreneurialism: The transformation in urban governance in late capitalism. In: Geografiska Annales, B, Vol. 71, No. I, 3-18

Hobsbawn, Eric 1977: Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Jakob, Christian; Schorb, Friedrich 2008: Soziale Säuberung. Wie New Orleans nach der Flut seine Unterschicht vertrieb. Münster: Unrast Verlag

Jessop, Bob 1997: The Entrepreneurial City: Re-Imaging Localities. Redesigning Economic Governance, or Restructuring Capital? In: Jewson, Nick; MacGregor, Susanne (eds.): Transforming Cities. Contested Governance and new Spatial Divisions. London: Routledge, 1997, S. 28-41

Lefebvre, Henri 1990: Die Revolution der Städte, Frankfurt/M.: Hain

Liss, Jon; Staples, David 2008: New Folks on the Historic Bloc – Worker Centers and Municipal Socialism. Vortrag auf der „Right to the City Konferenz", 7. November, Berlin

Mayer, Margit 2008: Shifting Mottos of Urban Social Movements. Vortrag auf der „Right to the City Konferenz", 7. November, Berlin

Ruck, Michael 1988: Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. In: Schildt, Axel; Sywottek, Arnold (Hg.): Massenwohnung und Eigenheim. Frankfurt/M., New York: Campus, 150-200

Smith, Neil 1996: The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City. New York: Routledge

Thompson, Edward P. 1980: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt a. Main: Suhrkamp Verlag

Uwe Rada 1991: Mietenreport. Alltag, Skandale und Widerstand. Berlin: Chr. Links

Das Kapital im Immobilienmarkt ist ein scheues Reh

Interview mit der Initiative "Es Regnet Kaviar"

Stallpost: Auf eurer Homepage findet man die Anleitung zu einem „Abwertungskit" -nach dem Motto „Die Miete drück ich mir jetzt selber". Was spricht eigentlich gegen die Aufwertung von Stadtvierteln?

Steffen Jörg: Die Frage ist, was man unter Aufwertung versteht. Ich glaube niemand in St. Pauli - und in anderen Stadtteilen - hätte etwas dagegen, dass Geld in den Stadtteil investiert wird und Lebensverhältnisse verbessert werden. Was aber gegen die sogenannte Aufwertung spricht, ist die soziale Auswirkung solcher Prozesse, die gerade ein Begriff wie Gentrification versucht in den Blick zu nehmen. Innerhalb solcher Prozesse steigen massiv die Mieten, Leute werden aus dem Stadtteil verdrängt, Mietwerden in Eigentumswohnungen umgewandelt: ein Stadtteil wird profitabel in Wert gesetzt. Das Ergebnis ist in der Regel ein Austausch der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils. Dagegen versuchen wir uns als Aktionsnetzwerk zu engagieren: Dass hier Leute aus dem Stadteil verdrängt werden, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

Welche Leute werden als erstes verdrängt?

Gentrifizierungsprozesse spielen sich seit den 80ern meistens in innerstädtischen Quarteren ab. Das sind historisch von ArbeiterInnen oder Benachteiligten bewohnte Stadtviertel, wo überdurchschnittlich viele Hartz-4-EmpfängerInnen und Leute mit sehr geringem Einkommen leben. Innerhalb dieser Gruppe sind auch meistens Leute mit Migrationshintergrund vertreten, weil sie in unserer Mehrheitsgesellschaft vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt sind und durch die Diskriminierung am Arbeitsmarkt überdurchschnitlich zu einer Gruppe von Geringverdienern gehören. Und genau diese Leute trifft es als erstes. Aber es sind auch Leute betroffen, die nicht mehr in so ein aufgewertetes Stadteilbild passen: Drogenkonsumierende Menschen, hier in St. Pauli Sexarbeiterinnen, Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen. Also alles, was man in so aufgewienerten und schicken Stadteilen nicht mehr sehen will.

Im Centro Sociale gab es im Juni eine Veranstaltung mit dem Titel „Recht auf Stadt". Wofür steht diese Forderung und wogegen richtet sie sich?

Diese Forderung geht auf Henri Lefebvre zurück und ist ein komplexer theoretischer Diskurs. Es ist auf jeden Fall ein Begriff der zum Beispiel in den USA für eine reale Bewegung steht, die in Frage stellt: Wer hat das Recht auf Stadt? Wer darf sich in der Stadt Raum nehmen und wem wird es verweigert? Dieser Diskurs findet auch in Hamburg und Berlin statt. Es ist die Abkehr von Anti-Gentrifizierungs-Diskursen und -Bewegungen, die nur sagen: Wir wehren uns gegen die Gentrifizierung und führen einen Verteidigungskampf. Stattdessen geht man ein Stück weit in die Offensive und stellt zur Diskussion, dass alle das Recht auf Stadt haben und es nicht darum gehen kann, dass nur die ein Recht auf Stadt haben, die sich leisten können eine hochpreisige Mietwohnung zu haben. Stadt und öffentlicher Raum gehören allen. Es ist auch ein Begriff mit dem man provozieren will und mit dem gewisse Forderungen verbunden sind. Aber es ist nicht so gedacht, dass man jetzt vom Staat dieses Recht einfordert, sondern eher so, dass sich Leute zunehmend das Recht nehmen. Im Gängeviertel sind Häuser besetzt worden, in der Bernhard-Nocht-Straße wurde ohne Anmeldung ein Straßenfest gefeiert. Die Leute nehmen sich das Recht auf Stadt und das, was ihren Bedürfnissen entspricht.

Gibt es denn Hoffnungen auf einen Wandel in der offiziellen Politik: Lohnt es sich auf eine Unterstützung der Stadt Hamburg zu warten?

Ich würde sagen, es ist verfehlt, so einen Blickwinkel zu haben, dass man nur genug Druck auftauen müsse und die etablierte Politik es dann schon richten werde. Anderseits ist es immer noch so, dass die Politik Gesetze erlässt und gewisse Entscheidungen trifft. Insofern ist es auch legitim und richtig, sein Engagement daraufhin auszurichten, politische Entscheidungsträger unter Druck zu setzen und bestimmte Entwicklun-

gen zu befördern. Gleichwohl würde ich sagen, es braucht immer auch eine gewisse Art von Selbstorganisierung, um die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Das Aktionsnetzwerk gegen Gentrification „Es regnet Kaviar" gibt es jetzt seit über einem Jahr. Aus welcher Situation heraus ist es entstanden?

Es gab zuerst Initiativen von Leuten aus der Hafenstraße und von der GWA ST. Pauli, die gesagt haben: Wir würden gerne ein Straßenfest feiern, das nicht nur ein nettes Kinderprogramm und einen Flohmarkt hat, sondern das auch ein politisches Signal gegen die massiven Gentrifizierungs- und Umstrukturierungsprozesse senden will, die momentan hier in St. Pauli Süd stattfinden. Da hat sich ein relativ heterogener und bunter Haufen zusammengefunden, der das Straßenfest ein dreiviertel Jahr gemeinsam vorbereitet hat. Das entstandene Aktionsnetzwerk hat seine Arbeit dann nach dem Fest mit verschiedenen Aktionen fortgesetzt: mit dem „Landgang durch die Sonderrechtszone", der Auseinandersetzung um die Ansiedlung von Beachclubs in der Hafenstraße oder jetzt in dem No-BNQ Zusammenhang.

Aus welchen politischen Zusammenhängen und aus welchen sozialen Schichten kommen die Aktivist_innen von „Es regnet Kaviar"?

Die Mischung ist schon breit, wobei man sagen muss, dass es im Großen und Ganzen Leute sind, die ich einer linken politischen Szene zurechnen würde. Die Zusammensetzung des Aktionsnetzwerkes ist nicht ein repräsentatives Abbild der Leute, die auf St. Pauli wohnen. Es ist größtenteils ein weiß-deutsch, akademisch und von der Mittelschicht geprägter Zusammenhang. Und das ist tatsächlich ein Problem: Wie kriegt man es hin, Leute die nicht aus so einem Kontext kommen, Leute die einen migrantischen oder einen sozial anderen Hintergrund haben, in solche Netzwerkstrukturen und in so eine Aktvierung hinein zu bekommen. Das ist ein Problem, zu dem ich ganz viele offene Fragen und wenige Antworten habe.

Aktivistinnen sind außerdem auf die ein oder andere Weise selber in Gentrifizierungsprozesse involviert. Wie soll mit der eigenen Rolle als „Pionier der Aufwertung" umgegangen werden?

Es kann da nur die kritische Selbstreflektion geben, welche Rolle man eigentlich in solchen Prozessen spielt. Aber ich habe das Gefühl, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten diese Frage diskutierbar ist, dass sie im Raum steht. Natürlich befindet man sich in widersprüchlichen Verhältnissen, aber wichtig ist die Art und Weise damit umzugehen. Als linke, alternative Szene ist man -gerade auf St. Pauli - mitverantwortlich. Die Hafenstraßenhäuser sind ein Tourismusobjekt und auch der Park Fiction hat seine Rolle im Gentrifizierungsprozess. Auf der anderen Seite muss ich sagen, wenn es die Leute aus der Hafenstraßen und auch den Park Fiction nicht gegeben hätte, gäbe es jetzt nicht den Widerstand gegen das Bernhard-Nocht-Quarter oder gegen die Beachclubs. Ich denke, es gibt da keine eindeutige Haltung und es ist auch gut so, dass man eine eigene Rolle in diesem Prozess hat.

Statt einer Reflektion wird Unzufriedenheit aber häufig auf Feindbilder wie „die Yuppies" oder in Berlin gar auf „die Schwaben" projiziert.

Hier bei uns an der Wand ist auch „Yuppies raus" gesprüht. Ich finde das höchst problematisch. Das ist eine Personalisierung von strukturellen Entwicklungen, die ich theoretisch falsch und politisch fatal finde. Die ausblendet, was für eine eigene Rolle man hat und was eigentlich das Systematische daran ist. Aber in konkreten politischen Zusammenhängen wie dem Aktonsnetzwerk, No-BNQ, oder auch den Versuchen, hamburgweit stadtteilpolitische Gruppen zu vernetzen, sind solche Diskussionen gar nicht relevant. Da spielen Forderungen wie „Yuppies raus" eigentlich keine Rolle.

Aber wenn es in anderen Zusammenhänge zu solchen Personalisierungen kommt: Liegt es nicht auch daran, dass die Kritik an Gentrifizie-rungsprozessen zum Teil mit einer verkürzten Kritik der kapitalistischen Produktionsweise einhergeht, oder dass diese völlig ausgeblendet bleibt? Ist Kritik an Gentrification überhaupt sinnvoll, ohne zugleich den Kapitalismus als Ganzes ins Auge zu nehmen?

Ich würde sagen, das ist nicht möglich. Genauso wie Kritik an Rassismus nicht möglich ist, ohne komplexe gesellschaftliche Verhältnisse - und damit gewisse kapitalistische Verhältnisse - in den Blick zu nehmen. Ich kann vieles an der -gerade aus der Kritischen Theorie kommenden - Kritik an Gentrifizierungskritik verstehen. Sie geht aber an den realen Diskussionen über Gentrifizierung vorbei. Es gibt sicherlich solche Fälle, diese Verkürzung und Vereinfachung gibt es generell in der Kritik am Kapitalismus als Ganzes, in Form von antisemitisch aufgeladenen Theorien. Das ist das Problem vereinfachter Sichtweisen, die sehr populistisch sind und der Masse einleuchtend erscheinen. Gentrifizierungskritik muss immer wieder in eine gesamtgesellschaftli-

che, kapitalismuskritische Sicht gesetzt werden. Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir sagen: Erst muss der Kapitalismus abgeschafft werden und dann können wir uns auch über Gentrifizierung unterhalten.

Die meisten Armen in Hamburg wohnen nicht in den von Gentrifizierung bedrohten Vierteln, sondern bereits an den Stadträndern. Der Kampf gegen Gentrifizierung wird unter anderem deswegen von einigen Seiten als konservativ beschrieben: Es gehe mehr darum, den eigenen Lebensstil im eigenen „Szeneviertel" vor Veränderung zu bewahren und nicht etwa darum, für günstigen Wohnraum für alle zu kämpfen.

St. Pauli ist immer noch einer der ärmsten Stadtteile: Es wohnen hier noch viele Menschen, die geringe Einkommen haben. Ich teile eine Kritik aber auch selber: Wenn wir über Gentrifizierung reden, reden wir meistens über St. Pauli, die Schanze und das Karoviertel, wo eine linke Szene sehr stark ist, welche aber größtenteils aus einer akademischen Mittelschicht kommt. Es wäre auch mal interessant zu fragen: Was bedeutet den Gentrifizierung in Billstedt und Horn? Was passiert in diesen Stadteilen, wo - so zumindest die Theorie - ein Großteil der Leute hin verdrängt wird? Es gibt aber bereits Diskussionen, die sich mit solchen Mechanismen auseinandersetzen...

...gibt es den schon Gruppen, die das Thema wirklich aufgreifen und aktiv werden?

Das ist alles noch in den Anfängen. Es gab in Hamburg ein erstes Vernetzungstreffen, wo die aktuellen Konflikte - wie Gängeviertel, Ikea, No-BNQ, Centro Sociale - noch sehr dominant sind. Ich glaube aber schon, dass die Stadtentwicklungspolitik auch noch hamburgweit in den Blick genommen wird, wobei auch solche Stadtrandgebiete angeguckt werden. Es gibt zum Beispiel im November eine Veranstaltung auf der BUKO (Bundeskoordination Internatonalismus) mit dem Titel „Unternehmen Stadt übernehmen" wo genau das auch zum Thema gemacht werden soll.

Zu den Möglichkeiten von Widerstand: Wie kann sich Protest gegen Gentrifizierung organisieren und an welchen Hebeln kann man ansetzen?

Ich halte nichts davon, dass man postuliert: Hier entsteht eine neue Bewegung. Diese entsteht oder sie entsteht nicht. Aber Fakt ist, dass es seit Jahren in Hamburg das erste mal wieder so viele Aktivitäten in dem Bereich „Recht auf Stadt" gegeben hat. Es gibt Besetzungen, was vor fünf Jahren nicht möglich war - unter welchen Vorzeichen die Besetzung im Gängeviertel auch immer stattfindet. Das ist auch ein Erfolg der gegenseitigen Vernetzung. Leute nehmen sich einfach das Recht auf ein Haus oder eine Straße - und das sehen auch andere. Diese Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozesse haben inzwischen noch andere Kreise der Bevölkerung erreicht. Gerade in der Schanze sind Kleingewerbe- und andere Strukturen von Verdrängung bedroht. Ich habe die große Hoffnung, dass da eine Politisierung in Kreisen stattfindet, die weit über so eine linke Szene hinausweisen. Dabei begibt man sich aber in Widersprüche, weil man mit Leuten Bündnisse macht, bei denen die linken Selbstverständlichkeiten oder Formen der Political Correctness nicht so klar sind. Man wird mit rassistischen, mit sexistischen, mit allen Stereotypen und Vorurteilen, die diese Gesellschaft hat, konfrontiert und muss sich damit auseinandersetzten. Ich finde es aber erstmal gut, dass so eine Linke aus ihrer Selbstbezüglichkeit herauskommt.

An konkreten Hebeln gibt es zunächst klassische Mittel der Mobilisierung wie Demos, Unterschriftenlisten, Stadtteilinitiativen und -versammlungen. Ein anderer Punkt ist eine Stimmung in dieser Stadt zu schaffen, wo es sich der ein oder andere Investor zweimal überlegt, ob es wirklich gut ist - beispielsweise in der Bernhard-Nocht-Straße - viel Geld in die Hand zu nehmen und Eigentumswohnungen hinzusetzen. Wie in jedem anderen Bereich ist das Kapital im Immobilienmarkt ein scheues Reh. Wenn man es schafft, eine gewisse Stimmung hinzubekommen, dann können Bauvorhaben verhindert werden.

Mit einem sehr optimistischen Blick in die Zukunft: Wie wird subversive Stadtentwicklung in einem Jahr organisiert werden?

Jenseits der Diskussion, wie man konkrete Projekte verhindert, finde ich es auch wichtig zu diskutieren wie eine aktuelle Aktivität verstätigt werden kann. Ohne eine Partei zu gründen - wovon ich absolut nicht überzeugt bin - oder

überall nicht auf Themen bezogene Stadteilversammlungen zu gründen. Es geht darum, tatsächlich die Beteiligung und Aktvierung von Leuten zu etablieren, damit eine Struktur entsteht mit der eine gewisse Gegenmacht aufgebaut werden kann. Damit auch eine wirkliche Beteiligung eingefordert werden kann, die nicht nur eine Placebo-Beteiligung ist bei der die Stadt sagt: „Wir haben euch alle angehört, aber was wir mit euren Einwürfen gemacht haben, steht auf einem anderen Blatt". Wir brauchen eine Struktur die es ermöglicht, dass Leute an der Planung ihres direkten Lebensumfeldes authentisch teilnehmen können.

Welche sichtbaren Ergebnisse in der Stadt wären wünschenswert?

Sowohl in innenstädtischen Quarteren, als auch Hamburgweit, muss dringend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Alternative Lebensformen, wie Bauwagen müssten wieder ermöglicht werden - auch auf legalem Wege, dass Menschen die Bauwägen nicht irgendwo hinstellen und dann hoffen müssen, dass sie stehen bleiben können. Ich würde mir auch wünschen, dass wie im Gängeviertel, auch an anderen Orten Leerstand einfach besetzt wird. Dass die Leute sagen: Das muss nicht leer stehen, es gibt genug die hier wohnen wollen. Wir nehmen uns das, was uns und allen zusteht und setzten es auch einfach um!

STEFFEN JÖRG wohnt seit knapp vier Jahren auf St. Pauli. Er arbeitet bei der GWA St. Pauli e. V., hat den Dokumentarfilm „Empire St. Pauli - von Perlenketten und Platzverweisen" produziert und ist aktiv bei „Es regnet Kaviar". Das „Aktionsnetzwerk gegen Gentrifizierung" umfasst unter anderem Leute von der GWA, aus dem Parkhaus und dem Park Fiction, aus den Hafenstraßenhäusern und der Vokü, dem Störtebeker, von der Hedonistischen Internatonale und aus dem Hafenklang. www.esregnetkaviar.de

aus der Stallpost Nr. 22

Streik der Sans-Papiers in Paris

In den letzten Wochen erreichte der Streik der travailleurs sans papiers (dt. Arbeitende ohne Papiere) in Paris neue Rekorde: Waren es bei den Protesten im April 2008 noch rund 600 Streikende, so stieg diese Anzahl jetzt auf über 5000 illegalisierte lohnabhängige Migrant_innen. Erklärtes Ziel ist es, die Legalisierung der Arbeiter_innen zu erreichen, um ihnen somit einen juristischen Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Der Streik berührt laut Angaben der CGT (Confédération générale du travail; französischer Gewerkschaftsbund) weit mehr als 1000 Unternehmen, vor allem in den Bereichen Bau, Reinigungsbewerbe und Gastronomie. Über 40 Arbeitsstätten sind noch immer besetzt. Da die Sans-Papiers keinen Anspruch auf soziale Absicherung und Erwerbslosenunterstützung haben, sind sie auf ihre Arbeitsplätze angewiesen, was den Unternehmen die Möglichkeit gibt, die illegalisierten Migrant_innen unter übelsten Bedingungen und zu katastrophalen Löhnen zu beschäftigen.

Während im Frühling 2008 versucht wurde, Druck auf einzelne Unternehmen auszuüben, erweitert sich jetzt der Kampf, indem sich die Forderungen nun direkt an die Regierung und die Präfekturen (Polizei- und Ausländerbehörden) richten. Auch bezieht sich der Streik weniger auf einzelne Arbeitgeber_innen, sondern eher auf große Arbeitgebervereinigungen und zentrale Sitze ökonomisch einflussreicher Verbände. So sind z.B. eine Reihe von Agenturen großer Zeitarbeitsfirmen besetzt. Beim Bau-, Medien- und Betonkonzern Bouygues wurde unterdessen eine Baustellenbesetzung verhindert, indem eine kleine Armee von privaten Sicherheitsleuten, bewaffnet mit Holzknüppeln und Eisenstangen, die Besetzung verhinderte und eine widerrechtliche Räumung durchsetzte. Solche Praktiken drohen sich unterdessen auszuweiten: Die staatliche Repression hat sich im Vergleich zu 2008 verstärkt. Das ist unter Anderem darauf zurückzuführen, dass der französische Nationalstaat, z.B. aufgrund von Globalisierung oder Finanzkrise, an Bedeutung verliert. Diese schwindende Stärke muss der Staat in anderen Bereichen beweisen, um sich selbst zu legitimieren. Hinzu kommt die Tatsache, dass ein hoher Anteil bisheriger Wähler der neofaschistischen extremen Rechten unter Jean-Marie Le Pen im Jahre 2007 zum damaligen konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy überlief. Nun gilt es, diese Wählerschaft nicht zu verlieren. So forderten der Minister für „Immigration, Integration und nationale Identität", Eric Besson und Arbeits- und Sozialminister Xavier Bertrand eine verschärfte Kontrolle an Arbeitsstellen, um dort beschäftigte Illegalisierte zu kriminalisieren. Interessant dabei ist, dass hier Staats- und Wirtschaftsinteressen aufeinander prallen. Während der Staat für eine weitreichende Kriminalisierung und Illegalisierung der Sans-Papiers eintritt, hat die Wirtschaft zumindest ein Minimalinteresse daran, dass nicht alle Möglichkeiten, Sans-Papiers zu beschäftigen, wegfallen, da diese leichter auszubeuten sind und ihre Beschäftigung somit profitabel ist.

Die Situation für die Streikenden ist riskant, da der Staat zwar versucht, einzelne Kapitalinteressen zu befriedigen, den Sans-Papiers dabei jedoch nicht besonders entgegenkommen möchte. Mit einem Sichtbarwerden der Illegalisierten durch Öffentlichmachung ihrer Situation geht in vielen Fällen ein Verlust des Arbeitsplatzes einher. Das macht ihnen die Sicherung ihrer eigenen Existenz nahezu unmöglich.

Für den 1. März 2010 ruft ein Kollektiv von Sans-Papiers zu einem allgemeinen migrantischen Streik auf, der sowohl legalisierte als auch illegalisierte Migrant_innen umfassen soll. An diesem so genannten „Tag ohne MigrantInnen" soll die französische Öffentlichkeit den Beitrag der Migrant_innen zur Ökonomie notgedrungen bemerken. Als Beispiel für einen erfolgreichen, breiten Migrant_innen-Streik dient der massiv befolgte Streik von Migrant_innen in den USA im Herbst 2006.

Wir haben am 5. Dezember 2009 ein Interview mit Anna und Arthur zum Protest von Oldenburger Student_innen geführt, beide beteiligen sich aktiv an den Protesten und der Besetzung.

Alhambra Zeitung: Wie kam es zu dieser ersten OpenSpace-Veranstaltung am Donnerstag (19. November 2009) und wie dann zu der Besetzung?

Anna: Ich glaube die Idee ist entstanden, als Leute zusammengekommen sind, die festgestellt haben, dass sich Oldenburg gar nicht an den bundesweiten oder europaweiten Bildungsstreiks beteiligt. Und dann gab es zwei Vorbereitungstreffen in 'ner kleinen Gruppe, so 10-20 Leuten, die überlegt haben, wie man das aufziehen könne und daraus entstand eben diese Idee an dem Donnerstag eine OpenSpace-Veranstaltung zu machen. Dafür wurde auch offiziell mit Flyern eingeladen und als dann der Hörsaal 3 aus allen Nähten platzte wurde spontan der Hörsaal 1 in Beschlag genommen und die Veranstaltung, die da war, verdrängt.

Der ganze Hörsaal 1 war voll, ich glaube es waren ungefähr 600 Studierende, die Vorbereitungsgruppe hat da kurz was gesagt um die Leute zu motivieren, die eigentlich alle schon total motiviert waren und dann ging's darum, wie man weiter fortfahren könnte, was man denn tun könnte. Erst ging es darum einfach irgendwas zu besetzen, weil das an verschiedenen Unis gerade stattfand und alle auf diesem Besetzungstrip waren und plötzlich ging es los und dann haben die einen Uhlhornsweg geschrien und andere meinten, gleich die ganze Kreuzung und dann sind wir sofort raus gegangen und haben die Kreuzung besetzt. Daraus ist dann ja noch ne Demo in die Innenstadt entstanden, die angeblich die größte spontane unangemeldete Demo zum Thema Bildung in Oldenburg gewesen sein soll. Alle anderen sind ins Hörsaalzentrum zurück gegangen und haben sich in drei Hörsäle aufgeteilt und sich erstmal in drei ganz grobe Gruppen zum Thema Aktionen, Inhalt und Koordination hingesetzt.

Arthur: Ich hatte das Gefühl, dass im Laufe des Tages viele Leute einfach Gruppen aus dem Boden gestampft haben. Die haben festgestellt, dass da und da was fehlt. Z.B. hat sich die Koordination ziemlich flott in zwei zerlegt: eine Gruppe, die nach außen und eine, die nach innen vernetzt. Schnell war auch klar, dass die Gruppen untereinander wissen müssen, was sie so tun und dass es möglich sein muss, dass sich Leute beteiligen können, die noch nicht dabei waren, dass die wissen wo was stattfindet. Das ging glaube ich wahnsinnig schnell im Laufe des Nachmittags.

Und wie wurden dann da Entscheidungen zurück gekoppelt? Haben die Gruppen einfach für sich entschieden, wir wollen jetzt dieses oder jenes machen und haben das dann einfach gemacht, oder wie funktionierte das?

Arthur: Es gab auf jeden Fall kein Plenum an dem Nachmittag, da war alles so auf OpenSpace, also von wegen die Leute müssen's selber machen damit was passiert und der Begriff Basisdemokratie hat das mittlerweile abgelöst, ist mein Eindruck.

Also wurde dann auf dem ersten Plenum gesagt, „wir organisieren uns jetzt basisdemokratisch" oder war das ein Prozess, der dann erst an dem Wochenende danach lief?

Arthur: Spätestens beim zweiten Plenum, also da lief das noch nicht so basisdemokratisch ab, da wurde viel Kritik dran geäußert. Im Laufe des Wochenendes wurde rausgearbeitet, was so die Punkte sind, vor allem gewaltfreie Kommunikation, die uns wichtig erscheinen.

Anna: …aber das waren schon Impulse von einzelnen Leuten, den Protest basisdemokratisch und hierarchiefrei aufzubauen und die von Anfang an Redeverhalten kritisiert haben oder die von Anfang an gesagt haben, dass es keine feste Orgagruppe gibt und die Moderationsgruppe soll aus wechselnden Leuten bestehen, damit nicht der Eindruck entsteht, hier gibt es eine Gruppe nach der sich alle richten müssen.

Hat das denn sofort geklappt? Ich meine viele Leute, die sich da jetzt organisiert haben haben so was noch nie gemacht, da würd' ich erstmal annehmen, dass das auch ganz schön anstrengend ist so was durchzusetzen wie 'nen okayes Redeverhalten und so.

Arthur: Ich kann mich nicht so an die ganz große Kontroverse erinnern zum Thema Inhalte. Ich hatte das Gefühl, dass das relativ gut angenommen wird und es hat sich mittlerweile durchgesetzt, das Repräsentanzprinzipien nicht funktionieren können und nicht gewollt sind. Aber klar, so was muss ja auch erst noch gemacht und verinnerlicht werden und das klingt vielleicht 'nen bisschen doof, aber so etwas wie nicht-aggressive Kommunikation funktioniert bei 150 Leuten, die damit noch nicht viel am Hut hatten, nicht am ersten Tag. So was muss halt erstmal gelernt werden. Mittlerweile funktioniert das relativ gut, es wird nicht mehr geklatscht und geklopft, sondern Handzeichen gemacht…

Anna: …und Leute die total schreien oder extrem dominant sind werden auch durchaus mal darauf hingewiesen und dass sie sich zurücknehmen müssen.

Wollen wir noch mal ein bisschen darauf zurück kommen welche Gruppen sich gegründet haben?

Arthur: Oh, ganz schön viele Gruppen eigentlich: z.B. die Inhaltegruppe, die arbeitet auch ziemlich konstant seit den ersten Tagen…

…und die hat dann die Forderungen vorformuliert, die das Plenum dann abgesegnet hat? Ihr habt ja einen Offenen Brief an's Präsidium geschickt und es gibt ja einen Forderungskatalog. Wie sind die entstanden?

Arthur: Ja, diese sieben Thesen, die wir entwickelt haben, dass war das erste was abgestimmt wurde. Darauf aufbauend hat dann die Inhaltegruppe die Forderungen an's Präsidium erarbeitet, die dann wiederum ins Plenum gegangen sind und abgesegnet wurden.

Anna: Ziemlich schnell aktiv am Strukturen aufbauen war auf jeden Fall die Presse-/Öffentlichkeitsgruppe und die IT-Arbeitsgruppe, am ersten Tag sind noch email-Adressen für die einzelnen Kleingruppen entstanden und die Internetpräsenz ist aufgebaut worden. Leute haben da bis morgens um sechs Uhr gesessen und eine Homepage zusammengebastelt. Die Pressegruppe hat sich total schnell mit der Presse vernetzt.

Arthur: Und dann hat sich ja auch noch am Freitag die Gruppe zur Alternativen Uni gegründet.

Anna: Ja, das fand ich total wichtig. Das ist auch der Aspekt, der mir am Anfang total gefehlt hat, dass sich inhaltlich – und nicht nur in der Inhaltegruppe speziell mit den Forderungen – auseinander gesetzt wird, sondern dass auch ein alternatives Programm auf die Beine gestellt wird. Damit eben nicht nur ‚ne Besetzung stattfindet und die Räume da sind, sondern dass man die Räume auch nutzt und man Leuten die Möglichkeit gibt, sich mit Themen auseinander zu setzen, die eben nicht nur auf den Forderungen basieren und sonst nicht im Unikontext vorkommen. Das ist ja die Idee der Alternativen Uni, dass wir selber und andere Leute Workshops anbieten können. Auch Lehrende sollten andere Veranstaltungen anbieten können, für die sie sonst keine Zeit haben oder für die kein Platz ist, weil die Module keinen Raum bieten.

Funktioniert das? Werden da Veranstaltungen angeboten und kommen da auch Leute hin?

Arthur: Also es wird ziemlich viel angeboten. Es sind auch viele Lehrende, die auch von der Gruppe angefragt wurden, aber auch Gruppen und Einzelpersonen von Außen, die Veranstaltungen mit linken Inhalten anbieten.

Anna: In der Veranstaltung von Andrej Holm fand ich es auch richtig gut sichtbar, dass man Sachen auch übertragen kann. Er hat sich hauptsächlich mit dem Thema ‚Recht auf Stadt' beschäftigt, hat aber auch versucht, oder wir hatten zusammen ‚ne gute Diskussion darüber, wie man das Konzept ‚Recht auf Stadt' auf ‚Recht auf Bildung' übertragen kann. Solche Auseinandersetzungen finden sonst im regulären Unialltag nicht statt.

Ich war auch in der Veranstaltung und ich hab die Diskussion überhaupt nicht so wahrgenommen, dass da mal Leute versuchen nach draußen, über ihren Tellerrand, zu gucken.

Anna: Naja, das ist ja aber auch nicht das, was man kennt, dass ist ja auch nichts was allgemein Studierende irgendwie tun sollen oder was sie irgendwie gewohnt sind. Da reicht nicht ein so'n kurzer Vortrag um alle Studis die da sitzen plötzlich dazu zu bringen, dass sie selbstreflektiert und gesellschaftskritisch sich mit Themen beschäftigen…

Arthur: …oder denen fehlt der Mut da was zu sagen, mit der Angst nicht den großartigen theoretischen Background zu haben. Aber zu so Diskussionen, da hab' ich ein Beispiel: nach der Veranstaltung zu Bedingungslosem Grundeinkommen haben Leute ziemlich weitgehend diskutiert, also, was ist überhaupt Arbeit, was ist mit diesem Arbeitsethos und Recht auf Arbeit und ob es nicht viel logischer ist, 'nen Recht auf Leben einzufordern und wie man aus dem

Lohnarbeitsding irgendwie rauskommt. Das fand ich irgendwie ein Beispiel für ‚ne gut gelungene Diskussion.

Wir sind ja ziemlich davon abgekommen erstmal zu erzählen, was eigentlich passiert ist in den letzten zwei Wochen. Ich finde das auch ganz gut, würde aber gerne nochmal darauf zurückkommen, was das so für Diskussionen um die Demo waren, wie kam es dazu, dass es nur um Schüler_innen und Studis ging?

Anna: Naja, es ging in den Debatten erstmal grundsätzlich darum ob die Demo angemeldet wird oder nicht, wo ziemlich klar wurde, dass die Mehrheit die Demo anmelden will, weil die Polizei ja auch „Freund und Helfer" und zu „unserem Schutz" da sei, damit keine Autos in uns reinrasen. Im Endeffekt war bei der Demo selber unglaublich wenig Polizeipräsenz und es lief alles genau so wie die Leute das wollten: ganz friedlich. Es gab mehrere Redebeiträge von uns, den drei anderen Statusgruppen an der Uni, also Profs, wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen und Mitarbeiter_innen in Technik und Verwaltung, von einer Schülerin und von jemandem von der FH.

Hatte sich das Plenum vorher dazu entschieden es nur auf Uni und Schule zu begrenzen oder warum ist da niemand anders aufgetreten? Gab es überhaupt diese bewusste Entscheidung oder war einfach klar, dass Bildung die Klammer ist?

Anna: Für die meisten war klar: Schüler_innen gehören dazu, aber es würde zu weit gehen, den Protest auch auf andere Gruppen zu beziehen.

Arthur: Ja, ich erinnere mich noch an die Diskussion, Parteien da grundsätzlich rauszuhalten, was ja gar nicht mal das blödeste Anliegen ist, aber mit den gleichen Argumenten wurde dann eben auch die ALSO rausgehalten. Von wegen, wir wollen uns ja von niemandem vereinnahmen lassen. Ich weiß nicht, ob auf dem Plenum darüber abgestimmt wurde, aber es wurde auf jeden Fall so diskutiert und so hat das dann die Gruppe, die die Demo organisiert hat übernommen.

Anna: Ich glaube, das ist ein grundsätzlicher Konflikt, weil die Mehrheit, die diesen Protest macht den auf Hochschulen bezieht, maximal vielleicht noch auf die Bildungspolitik aber auch das ist oft schon ‘nen Stück zu weit weg, weil es eigentlich primär darum geht, die eigenen Bedingungen an der Uni zu verbessern. Klar, wenn es um Studiengebühren geht, was nicht die Uni entscheiden kann, dann ist auch die Landesregierung Ansprechpartner.

Würdet ihr die Einschätzung teilen, dass der Protest schon klar fokussiert ist auf „uns Studis geht's aber ganz schön schlecht und die böse Regierung behandeln uns gemein", um das mal ein bisschen überspitzt zu formulieren?

Arthur: Also ich würde das teilen. Wobei ich das Gefühl hab, das sich das ein bisschen dreht. Es ist ja erst mal nichts Negatives, dass Leute sich für ihre eigenen Interessen einsetzen, dass ist ja eigentlich immer der erste Schritt. Aber die Kritik ist schon berechtigt, dass ganz viele die Uni als Raum begreifen, der mit Gesellschaft nichts zu tun hat, so als Insel der Glückseligen und da muss mehr Geld hin, aber dass das ‚ne bewusste politische Entscheidung ist dass da so wenig Geld ist, das ist vielen nicht klar.

Anna: Am Beispiel der ALSO etwa sieht man ganz gut, dass sich was geändert hat. Am Anfang war die Mehrheit total dagegen Gruppen von außerhalb mit einzubeziehen. Letztens auf dem Plenum haben Leute von der ALSO inhaltlich ziemlich viel gesagt zu der Verbindung von den beiden Bewegungen. Dann kamen auch aus dem Plenum noch mal ziemlich viele Redebeiträge, die es unterstützt haben, dass diese Verbindung gezogen wurde und es ist in dem Moment schon vielen Leuten klar geworden wo die Verbindung ist.

Arthur: Das zeigt für mich einfach, dass viele Leute guten Argumenten nicht verschlossen gegenüber stehen. Also ich hab schon den Eindruck, dass da viele so‘n bisschen vernunftbegabt sind, also durchaus ‚ne rationale Argumentation nachvollziehen und dann darüber nachdenken…

Anna: …also du meinst so was wie, dass die meisten fähig sind über ihren eigenen Tellerrand hinaus zu blicken…

Arthur: …weiß ich nicht, zumindest aber erstmal Argumente aufzunehmen

und darüber mal nachzudenken und nicht so direkt in Abwehrhaltung gehen.

Vielleicht noch mal einen Schritt weiter. Wie geht ihr damit um, dass der Protest inhaltlich ein ziemlich schwacher Kampf ist, den man so überhaupt nicht gewinnen kann und auf der anderen Seite sind das natürlich wichtige Prozesse, da lernen und machen gerade ganz schön viele Leute coole Sachen. Also, was ich sagen will ist, auf universitärer Ebene kann ja vielleicht schon was erreicht werden, weil ganz viele Studis plötzlich mitbekommen dass es so was wie studentische Beteiligung in Gremien, wo ja ganz viele der Forderungen auch eingebracht werden können, gibt. Aber wenn man grundlegend – gesamtgesellschaftlich oder auch nur im Bezug auf Bildung – was erreichen will müsste man mit ganz anderen Inhalten und Forderungen rangehen. Wie steht ihr dazu und versucht ihr vielleicht auch da Inhalte reinzutragen, oder ist das eher so, dass alle linken Leute da vereinzelt rumsitzen und sich vielleicht auch nicht trauen vor 150 Leuten im Plenum andere Inhalte einzubringen, weil klar ist dass es erstmal auf Ablehnung stößt.

Anna: Ja, am Anfang war das bei mir schon so. Als dann aber klar wurde dass es, hier aber auch Sachen gibt, die aus unserer Perspektive nicht gut laufen und dass wir es irgendwie hinbekommen müssen, dass wir da Themen reinbringen oder bei bestimmten Sachen das Ruder rumreißen wurde irgendwann auch klar, dass es uns persönlich, aber auch politisch, total wichtig ist uns zu vernetzen. Es war schon so, dass wir am Anfang individuell agiert haben und uns dann erst zusammengefunden haben.

Arthur: Ich hab gerade noch überlegt, wie das so ist, in diesem Spannungsverhältnis zu sein. Zur Zeit finde ich es ganz angenehm. Zur Zeit kann ich auf ‚nem Plenum sitzen, ich muss das keine fünf Stunden haben, aber das ist ok. Am Anfang war das noch anders, da gab es Plena die ich einfach furchtbar fand. Zur Zeit hab ich nicht das Gefühl mich an irgendwas zu beteiligen, was auf jeden Fall in ‚ne völlig falsche Richtung geht oder was total seltsame Randerscheinungen hat.

Nutzt ihr den Raum um linke Positionen reinzutragen, also bringt ihr euch in inhaltliche Debatten ein?

Anna:, Arthur: Wenn wir dazu jetzt was sagen, dann ist ja total klar, wer wir sind, dazu haben wir irgendwie nicht so Lust.

OK, dann frag ich noch mal anders. Ich hab gerade so rausgehört, dass es ‚ne Gruppe gibt von linken Leuten die sich lose austauschen, wie's ihnen gerade geht in diesem Protest. Gibt's da auch Diskussionen um Strategien, wie man intervenieren kann? Also etwa, dass es ja sinnvoll wäre, dass jemand in der Inhaltegruppe vertreten ist, weil man dann andere Themen besser einbringen könnte?

Anna: Ja, ich rede da schon mit Leuten drüber, aber das Problem ist, dass auch alle linken Leute die da rumrennen in so vielen anderen Sachen drinhängen. Also ich hab das Gefühl, dass auch einfach gar nicht die Zeit da ist solche Themen tatsächlich kollektiver einzubringen. Es fehlen einfach die Kapazitäten sich über bestimmte Themen so wirklich auseinander zu setzen und dann zu sagen, wie können wir das jetzt machen, dass nicht irgendwie eine Person alleine das Gefühl hat sie müsste das im Plenum sagen, sondern dass wir sagen uns ist das wichtig, dieses Thema zur Sprache zu bringen und wir finden das muss hier rein – dafür fehlt die Kapazität total, oder ich weiß auch nicht, was da fehlt.

Da könnte man dann ja sagen, ok es muss eben doch eine Organisation geben von Linken in der Uni zu Hochschulpolitik, weil es eben viel einfacher ist aus einem organisierten Zusammenhang heraus solche Sachen da einzubringen. Wohingegen es ja jetzt der Fall war, dass ihr erst während des Streiks, während alles andere da passiert ist, angefangen habt euch selbst zu organisieren.

Anna: Dadurch, dass wir alle erstmal als Individuen da rein geraten sind, haben wir alle erstmal geguckt wo wir da unseren Platz haben und was wir da tun wollen und können. Hätte es schon vorher ‚ne Gruppe gegeben, die sich damit beschäftigt hätte, wäre man da anders aufgetreten, dann hätte man nicht versucht als Individuen in Strukturen rein zu kommen, sondern hätte vielleicht als Gruppe versucht bestimmte Themen rein zu bringen. Dann hätte man auch ‚ne Grundlage sich im Plenum hinzustellen und da ‚nen Redebeitrag zu halten, weil man sich inhaltlich einfach schon mehr auseinander gesetzt hat und nicht zum ersten mal bestimmten Themen in Berührung kommt und erstmal gucken muss was man selbst dazu eigentlich denkt.

Arthur: Ich glaube aber auch, dass es ‚nen Vorteil sein kann, dass es halt nicht so als Gruppe passiert ist weil ich glaube, dass wenn so ‚ne Gruppe kontinuierlich und vielleicht schon längere Zeit

zu solchen Themen an der Uni gearbeitet hätte und evtl. auch als solche bekannt gewesen wäre, hätte sie da ganz ganz schlecht Fuß gefasst. Ich kann mir auch vorstellen, dass eine solche Gruppe sogar aktiv ausgegrenzt worden wäre. Wenn Leute bekannt sind als das sind diese komischen Linksradikalen, die ständig die Flyer verteilen oder die ständig dazu arbeiten, kann ich mir schon vorstellen, dass es da deutliche Widerstände gegeben hätte, die da zu akzeptieren. Von daher glaube ich find' ich's klug da nicht so als K-Gruppe xy aufzutreten.

Anna: Egal wie das jetzt ist oder hätte sein können, fänd' ich's wichtig, dass Zusammenhänge in der Uni bestehen bleiben, die sich mit solchen Themen auseinandersetzen und dass nicht alle danach einfach wieder verschwinden. Ich fänd's auch echt spannend sich mit linken Zusammenhängen an anderen Unis zu vernetzen und zu erfahren wie da eigentlich der Protest läuft und wie die organisiert sind und Positionen reinbringen oder thematisch arbeiten.

Es fehlt jetzt ja noch so ein bisschen die Frage nach der Einordnung, was ist das überhaupt für ein Kampf der da geführt wird? Das klang zwar an, aber wollt ihr nochmal was dazu sagen?

Arthur: Also das ist ja schon ne Frage. Im Prinzip ist dieser ganze Studi-/Bildungsprotestkram eigentlich so'n Gebettel und Gejammer und ein Appellieren an die Politik es doch besser zu machen. Gleichzeitig wird aber überhaupt völlig verkannt, dass Gesellschaft eben nicht über Gebettel und Gejammer funktioniert sondern darüber, dass man sich Sachen erkämpfen muss, dass es kein Zugeständnis ist, dass die Universitäten besser finanziert sind sondern dass das eine Sache ist die erkämpft werden muss. Das ist ‚ne bewusste politische Entscheidung, dass die Kohlen nach Afghanistan, in die Banken und nicht in Bildung und Soziales gehen. Dafür gibt's aber kein Bewusstsein und dann ist schon die Frage, ob das ‚nen emanzipatorisches Ding ist, wenn bei der Mehrheit, die sich da engagieren, das Bewusstsein für soziale Auseinandersetzung fehlt. Ich würde sagen, dass es das zur Zeit nicht ist, aber dass es das werden kann perspektivisch. Ich hab die Hoffnung, dass Leute da politische Erfahrungen machen durch dieses Versuchsfeld, das da aufgemacht ist und dann enttäuscht werden. Die Leute werden enttäuscht sein, zumindest die, die da ganz viel Energie und ganz viel Enthusiasmus reingestecken und so was noch nie gemacht haben. Ich geh' davon aus, dass da irgendwann die Ernüchterung kommt.

Anna: Dann ist ja die Frage, wie man da weiter ansetzt. Ob alles dann auseinander läuft weil viele enttäuscht sind oder ob man dann sagt: funktioniert nicht auf diesem Weg, es müssen einfach mal andere Aspekte mit reingebracht werden um das Ganze emanzipatorisch zu gestalten.

Arthur: Für mich ging's nicht darum sich jetzt hinzustellen und zu sagen wir wissen schon wie alles läuft. Ich finde es aber auch wichtig, dass man sich aus ‚nem linken Standpunkt kurz mal daneben stellt, sich das anguckt und sich fragt was ist das eigentlich. Das ist ja was anderes als sich über die Leute zu stellen. Ich setz' mich natürlich nicht auf's Plenum und sage: „ihr Deppen macht noch gar keinen Klassenkampf".

Vielleicht nochmal zu dem Punkt, dass Leute bestimmte Erfahrungen eben selber machen müssen. Das kann ich irgendwo nachvollziehen, aber das heißt ja nicht, dass man nicht trotzdem Erfahrungen weitergeben kann und sagen kann, in ähnlichen Kämpfen hat das erst was gebracht, als man den legalen Rahmen verlassen hat, z.B. laufen ja Studiproteste in Frankreich oder Griechenland ganz anders ab.

Anna: Mir war von Anfang an klar, dass es in Oldenburg nicht so einfach funktionieren wird den Protest zu radikalisieren, weil einfach immer wieder betont worden ist, dass wir hier 'nen friedlichen und 'nen kooperativen Protest machen und es total wichtig ist, wie wir nach außen wirken. Die Mehrheit wollte in der Öffentlichkeit nicht als Randalierer sondern als ernst zu nehmende, seriöse Protestierende wahrgenommen werden.

Arthur: Wobei es da auch 'nen leichten Wandel gibt glaube ich, so in Einzelgesprächen gehört zu haben. Das wird halt nicht mehr großartig diskutiert. Also es wurde am Anfang diskutiert, ob es legitim war durch die Spontandemo Busse aufzuhalten, ich meine solche Diskussionen sind ja kaum vorstellbar. Ich kann mir aber vorstellen, dass es im Laufe des Protests noch zu radikaleren Aktionen kommen könnte.

Also, auf der einen Seite ist gerade die Einschätzung, dass ist kein emanzipatorischer Kampf in dem Sinne, aber das könnte es werden. Gleichzeitig sagt ihr aber auch, dass man da eigentlich nichts reintragen kann, was dazu führen könnte, dass es eben mehr wird als „wir wollen ein besseres Studium". Das finde ich ein bisschen zwiespältig, wie geht ihr damit um?

Anna: …ich weiß, dass es dem Impuls ganz am Anfang gab' radikalere Ideen oder Aktionsformen mit reinzubringen, der ist aber im Laufe der Zeit weniger geworden. Ich glaube, wir haben uns damit ein bisschen arrangiert und versuchen dann eher in Kleingruppen Positionen reinzubringen und koordinieren das nicht so großartig.

Arthur: Also ich frag mich gerade schon, warum das eigentlich nicht passiert. Ich glaub' ein Minimalkonsens zu Sexismus oder Homophobie, so ne Debatte darum ließe sich schon reintragen…

Anna: Dann wäre es aber auch nötig, dass wir uns mehr koordinieren, dass wir aufstehen und kollektiver was dazu sagen…

Viele dank für das tolle Interview!

WIR WOLLEN DOCH NUR STREIK SPIELEN

Für die Proteste der Studierenden zeigen alle Verständnis, auch Politiker und Hochschulrektoren. Das sollte skeptisch machen.

Jena brennt, die FU Berlin brennt, Göttingen brennt. Überall brennt es, wenn man den Websites der Studierenden Glauben schenken darf. Immerhin sind derzeit an über 70 Hochschulen in Deutschland Gebäude und Hörsäle besetzt. An die Demonstrationen mit über 200000 Teilnehmern im Juni konnte die so genannte Herbstoffensive jedoch nicht anschließen. Und was für Außenstehende wie eine Verschärfung der Proteste anmuten mag – »brennende« Universitäten, Besetzungen, Blockaden –, ist vielerorts ein Rückzug in den symbolischen Raum, der niemandem wirklich weh tut. Dementsprechend groß ist das Verständnis von Politikern und Bildungsakteuren für die Forderungen der Protestbewegung, die mittlerweile kaum mehr darüber hinaus gehen, die durch Pisa-Berichte und wissenschaftliche Studien festgestellten Mängel im bundesrepublikanischen Bildungssystem beheben zu wollen.

Jeder anderen Protestbewegung würde es zu denken geben, wenn die Adressaten des Protestes – und damit auch die für die Unzufriedenheit Verantwortlichen – diesem begeistert zustimmen. Nicht jedoch den Studierenden. Durch Runde Tische und Podiumsdiskussionen mit Vertretern aus Politik und Hochschule erhofft man, sich Gehör und im nächsten Schritt Verbesserung zu verschaffen. Gemeinsame Lösungsansätze statt Konflikte schüren lautet das realpolitische Motto. Als vergangene Woche 30 Protestierende den Präsidenten der Göttinger Universität, Kurt von Figura, an seiner traditionellen Universitätsrede hinderten, obwohl man ihnen großzügig fünf Minuten Redezeit eingeräumt hatte, führte dieses »undemokratische« Verhalten zu Unmut. Unter dem Motto »Wir wollen mit ins Boot« forderten Studierende in Hannover, an den Gesprächen im niedersächsischen Wissenschaftsministerium »zur Neujustierung des Bologna-Prozesses« teilnehmen zu dürfen. Von Skepsis gegenüber Leuten, die durch die Besetzung von Universitätseinrichtungen gezwungen werden mussten, überhaupt mit Studierenden zu reden, ist keine Spur mehr. Stattdessen wird unermüdlich betont, wie »konstruktiv« man sei.

Viele der so genannten Besetzungen sind bei näherer Betrachtung gar keine. Die erkämpften »Freiräume« werden von Studierenden genutzt, um Ausweichpläne für die verhinderten Veranstaltungen in den besetzten Gebäude zu erstellen, in manchen Städten wurde der Universitätsleitung angeboten, dass man sich während der Besetzung auf die hinteren Ränge des Hörsaales zurückziehen könne. In Jena wurden Hörsäle kurz nach ihrer Besetzung wieder zurückgegeben, um »Bildung möglich zu machen«.

Nur vereinzelt klingen in den offiziellen Mitteilungen noch kritische Stimmen durch, wenn ein Ende der faktischen Diskriminierung von Akademikerinnen in Gremien und in der Lehre gefordert oder die geschlechtsneutrale Spra-

che verwendet wird. Der Widerspruch, Presseerklärungen mit »sehr geehrte Damen und Herren« zu beginnen und im Anschluss von »Student_innen« zu sprechen, zeigt die Feigenblattfunktion der letzten linken Studierenden. Nun stellt sich die die Frage: Ist der »Bildungsstreik« noch zu retten, oder war er schon von Anfang an verloren? Vielerorts verschärfen sich die Diskussionen, wie es nun weitergehen soll, linke und kritische Gruppen und Ansichten werden von denjenigen verdrängt, die das Studium als »berufsqualifizierende Ausbildungsmaßnahme« ansehen und keine Kritik an den Inhalten und der Funktion dieser Ausbildung zulassen. Studierende, die die »Kuschelkampagne« und die damit verbundene inhaltliche Leere kritisieren, stehen oft alleine da.

Die Bildungsproblematik in einen größeren gesellschaftlichen Kontext stellen zu wollen, gilt vielerorts unter den Studierenden bereits als »ideologisch«. In den Medien ist vom »missbrauchten Protest« die Rede, von »Berufsrevolutionären« und »linken, teils sektiererischen Gruppen«. Gottfried Ludewig, Bundesvorsitzender des RCDS, sprach von »bequemer Fundamentalkritik«. Diese Meinung scheinen nicht wenige Studierende zu teilen. In Göttingen wurden während eines Streikplenums die unabhängigen Basisgruppen des Raumes verwiesen, weil deren allgemeinpolitischen Forderungen nicht im Sinne der Protestbewegung seien. Ein Transparent mit der Aufschrift »No Border, No Nation, Free Education« durfte in der Freiburger Uni nur hängen bleiben, nachdem ein Plenumsteilnehmer argumentiert hatte, dass der Spruch sich auf die Durchsetzung des in der Bologna-Erklärung festgelegten europäischen Hochschulrahmens beziehe.

Die Proteste stehen nicht in der Tradition der 68er, sondern sind vielmehr die Antithese dazu. Und sie zeigen die Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Diskurse auf. »Ideologisch« sei bereits der Verweis auf eine Ökonomisierung der Hochschulen, beschmierte Wände gelten als »Gewalt« und dienen als Rechtfertigung für gewalttätige Räumungen wie zuletzt auf dem Frankfurter Campus. Die Studierendenschaft steht dabei nicht außerhalb dieser Entwicklung. Die farbliche Umgestaltung eines Treppenhauses in den besetzten Räumen der Universität in Bremen führte zur Einberufung eines nächtlichen Notfallplenums, da man den Einsatz der Polizei fürchtete. In Hannover beschloss das Streikplenum, Geld für ein neues Kabel der Überwachungskamera im besetzten Audimax zu sammeln, das Protestierende zuvor durchgetrennt hatten.

So ist es kaum verwunderlich, dass sich die Bildungsproteste hier im Lande – und im Gegensatz zu anderen Ländern – kaum mit anderen sozialen Kämpfen oder linken Bewegungen verbinden. Selbst die hochschulübergreifende Solidarität nimmt ab, wie Streikende aus verschiedenen Städten bemängeln. Forderungen würden immer häufiger nur für die eigene Hochschule formuliert. In Bochum wurde die Besetzung der Fachhochschule bereits »erfolgreich« beendet. »Alle Bedingungen sind erfüllt«, ist auf der Protestseite efhbrennt.de zu lesen. An die Stelle von Diskussionskultur und inhaltlichen Auseinandersetzungen tritt die Gleichberechtigung aller Meinungen und die Betonung vermeintlicher »Ideologiefreiheit« der eigenen Inhalte – mit der dafür notwendigen Ausblendung der Verhältnisse. Sehen sich Protestierende als Vertreter aller Studierenden, wird das nicht erst dann zum Problem, wenn sich herausstellt, dass die Mehrheit Forderungen wie die Abschaffung der Studiengebühren gar nicht teilt. Um sich deren Unterstützung trotzdem zu sichern, wird selbst von studentischer Seite mit neoliberaler Standortlogik argumentiert: »Angesichts des herrschenden Fachkräftemangels halten wir es für äußerst kontraproduktiv, talentierte junge Menschen von einem Studium abzuhalten«, so der landesweite Zusammenschluss der Studierendenvertretungen Bayern.

Während das kritische Spektrum in Bedrängnis gerät, öffnet die Weigerung vieler Studierender, den gesellschaftlichen Kontext mit einzubeziehen, reaktionären Gruppen die Tür. Das Berliner Streikplenum hatte im März beschlossen, dass »Verbindungen jeglicher Coleur« nicht erwünscht seien, da die Protestbewegung »Nationalismus, Sexismus und Rassismus« ablehne. Man könnte meinen, dass elitäre und konservative Gruppen ohnehin kein Interesse an den »sozialen« Protesten hätten. Die Diskussion auf Bildungsstreik.net zeigt jedoch, dass die Abgrenzung nötig und keineswegs selbstverständlich ist. Die große Mehrheit der Teilnehmer äußert ihr Unverständnis: »Dadurch wird eine große Gruppe an Studenten ausgegrenzt, aus Gründen die nichts mit den Zielen des Bildungsstreiks zu tun haben können«, schreibt ein Burschenschafter, der eigentlich vor hatte, mit seinen Bundesbrüdern »mit Band auf 'ne Demo zu gehen«. Die Inhalte der Protestbewegung sind so allgemeingültig und frei von grundsätzlicher Kritik, dass sich auch ein Burschenschafter damit identifizieren kann.

In Berlin haben sich unter dem Namen »Identitärer Studentenblock« erstmalig »Autonome Nationalisten« mit den Protesten solidarisiert, auch wenn sie die Forderungen nur für »Volksgenossen« umsetzen wollen. Man kann es der Protestbewegung kaum zum Vorwurf machen, dass nun auch die Nazis in die Proteste intervenieren wollen. Dass sie es nicht schafft, alleine durch ihre Inhalte dafür zu sorgen, dass weder studentische Verbindungen noch Neonazis Lust haben, Teil der Proteste zu werden, jedoch schon.

aus Jungle World 50/09

Ein erster Schritt, der auf Vertiefung wartet

autonom kongress – Ein Rückblick

Eindrücke vom autonom kongress. 250 bis 300 Menschen kamen vom 9. bis 11. Oktober in Hamburg für zweieinhalb Tage zusammen um miteinander zu diskutieren, Positionen auszutauschen, sich zu informieren und einfach mal wieder bekannte Gesichter aus anderen Städten zu treffen. Lange überfällig schien dieses Treffen, wo sich mal Zeit genommen wird, um grundsätzliche Fragen autonomer Politik zu besprechen.

Immer wieder wurde der Autonomie Kongress 1995 erwähnt, bei dem sich damals noch 2000 Autonome die Köpfe heiß geredet hatten. 14 Jahre mussten erst vergehen, damit mensch wieder einmal autonom zusammen kam. Kommt autonome Politik ohne eine grundsätzliche Debatte zur Politik aus. Es scheint fast so zu sein. Viele tummeln sich auf der Straße, in ihren Autonomen Zentren und bei großen Mobilisierungen. Die großen Mobilisierungen, wie z.B. 1988 zum IWF in Berlin, die zeitweise fast jährlichen Proteste gegen den Castor, von 1998 bis 2003 die antirassistischen Grenzcamps, 2002-2009 Mittenwald und 2005-2007 die dissent-Mobilisierung gegen den G8 in Heiligendamm, waren immer auch Orte wo überregional zusammen gekommen wurde und auch grundsätzliche Fragen autonomer Politik besprochen wurden.

Dennoch, wie das bei der Vorbereitung von konkreten Aktionen so ist, gab es immer Zeitdruck und dieser lässt bekanntlich inhaltliche Debatten hinten runter fallen. So gab es viele Diskussionen, die hochspannend angeschnitten wurden und dann wegen des Organisierungsdrucks jäh abbrachen. Dazu kommt, dass viele Aktive einen Bereich haben, in dem sie verstärkt Politik machen, die sogenannte Teilbereichspolitik. In diesen Teilbereichen wie Antifa, Antira, Antirep., Antisexismus, Antimilitarismus, soziale Kämpfe, Gentrifizierung/Stadtteilarbeit und Anti-Atom/Klimapolitik führen sie dann tiefgehende Debatten und haben ne Menge Ahnung und Wissen. Doch hier läuft dann vieles auch nebeneinander her. Es fehlt also an einem Ort für Grundsatzfragen. Dies kann auch nicht von Publikationen und Debatten in den Medien von Interim bis Indymedia ersetzt werden. Es ist schon was anderes wirklich zusammen zu sitzen, sich face to face zu sehen und sich aufeinander beziehen zu können. Jetzt war er also da, dieser Ort der grundsätzlichen Verständigung. Viele waren erst gar nicht gekommen, da sie keinen Drang verspürten Grundsätzliches zu besprechen, es gab bei Vielen, die zu Hause blieben dieses Bedürfnis gar nicht. Viele die kamen sagten: Ich verspreche mir nicht so viel davon, hab kaum Erwartungen. Andere wiederum waren sehr gespannt oder begierig sich auszutauschen. In dem Zusammenhang wurde auch immer wieder der Großstadt-Stadt-Land Unterschied angemerkt. Viele in der Stadt haben es eben viel einfacher sich zu treffen, zu vernetzen und Orte der Diskussion zu organisieren. Hier wurde auch immer wieder auf die Autonome Vollversammlung in Berlin verwiesen, die sich monatlich seit der G8-Mobilisierung 2007 trifft. Nun gibt es auch seit dem Sommer 2009 eine Autonome FrauenLesbenTrans VV in Berlin. Um ein Ergebnis des autonom kongress vorweg zu nehmen, es gab immer wieder den Willen und die Bekundung Autonome Vollversammlungen in verschiedenen Städten und Regionen zu gründen. Ebenso die Absicht sich überregional in großer Runde in einem halben oder einem Jahr wieder zusammen zu finden. Mensch darf gespannt sein.

Doch nicht nur das Fehlen von Zusammenkünften, auch eine Lücke zwischen den Jungen und den Alten wurde immer wieder bemerkt und scheint mitverantwortlich für einen fehlenden Geschichtsbezug. Debatten, die vor Jahren schon einmal geführt worden, werden nicht weitervermittelt. Die Jungen fangen immer wieder von vorne an. Als ob sich Debatten deswegen kaum weiter entwickeln können, so schien auch das in Hamburg Besprochene in vielen Punkten ganz am Anfang zu stehen. Erschreckend deutlich wurde das in der Sexismus Debatte in dem Themenschwerpunkt „Alltagspraxis, interne Machtverhältnisse, Kommunikation". Viele der Älteren standen verblüfft da, viele feministische Personen gingen raus und wollten sich das nicht antun oder verstanden sich als Beobachter_innen. (Es ist eine politische Praxis von einigen Feministinnen, sich in der gemischten Szene nicht in Sexismus Debatten einzumischen, da die „Gemischten" diese Arbeit schon selbst machen

sollen und sich (einige) Feministinnen nicht an der „Gemischten" abarbeiten wollen. Stattdessen kommen sie als Beobachterinnen.) In Sachen Antisexismus scheinen wesentliche Grundlagen zu fehlen, als hätten sich viele noch nie mit der Thematik beschäftigt. Dies gipfelte in einer Debatte, ob Männer auch Sexismus erfahren, mit Beispielen wo Männer schon mal von Frauen (und Feministinnen) ausgelacht oder angemotzt worden sind, bis hin zu Beschreibungen, wo weiße Männer schon mal Rassismus erfahren haben, z.B. in der Bronz in einem schwarzen Club von Schwarzen angemotzt worden. Diese Debatte ist ein seit Jahren bekannter Klassiker, wenn Menschen über Sexismus diskutieren, dann kommen Männer gerne schnell zu der Umkehr, aber ich erfahre auch Sexismus, Frauen sind auch sexistisch. Dieser Umkehr-Effekt kriegt dann ganz viel Raum, das lenkt auch schön davon ab, sich mit alltäglichem Sexismus in den eigenen Strukturen oder bei einem selbst zu beschäftigen. (Mehr dazu siehe: Input Text: Sexistische Gesellschaftsorganisation http://autonomerkongress.blogsport.de) Der Kongress hat gezeigt, dass autonome Politik immer noch nicht mit einem antipatriarchalen Kampf verbunden ist. Das ist ein ganz großes Manko, einmal werden die Autonomen dadurch unattraktiv und haben schon viele Genoss_innen verloren, auch werden sie ihrem eigenen emanzipativen Anspruch und dem Anspruch der Herrschaftsfreiheit nicht gerecht. Ebenso nutzen sie die Möglichkeiten für Veränderung nicht; es heißt: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen." Doch in Sachen Antisexismus wäre noch viel mehr Veränderung möglich.

Im II. Themenschwerpunkt ging es um „Strukturen, Bündnisse, Vernetzung und Organisierung". Immer wieder war zu hören, wir wollen offener werden. Also nicht nur Capi ins Gesicht und immer schön cool mit den Freunden rumstehen. Oder die autonome Identität wahren, nach dem Motto wer als erster mit ner Person spricht, die nicht richtig autonom rüberkommt, ist vielleicht selbst gar nicht richtig autonom. Nein, dass soll der Vergangenheit angehören, Freundlichkeit, Offenheit, auf die Menschen zugehen ist gefragt. Schön gesagt, fraglich bleibt trotzdem, ob das in größerem Umfang passiert. Reden mit den Leuten bedeutet auch auf Vorurteile und Spießigkeiten oder gar Rassismen reagieren zu müssen, das ist nicht immer ganz einfach und macht oft keinen Spaß. Wie mit den Leuten diskutieren, wenn mensch vielleicht selbst noch gar keine gefestigte Meinung hat? Wie sich mit den Leuten auseinandersetzen ohne sie gleich ganz vor den Kopf zu stoßen und wo ist die Grenze, wo ist es angesagt konfrontativ zu werden und nicht mehr nett zu sein? Immer wieder wurden Beispiele erwähnt, wo es gut geklappt hat mit Leuten zusammen zu arbeiten, so z.B. bei Anti-AKW-Protesten, wo die Bevölkerung beginnt sich wegen der erhöhten Krebsraten zu wehren. In der Debatte taucht immer wieder eine Linie auf: Mit Leuten zusammenarbeiten Ja, mit Organisationen nicht unbedingt und erst recht nicht mit den Gewerkschaften und der Linkspartei. Hier wurde u.a. das Bild aufgebaut, dass Leute in Organisationen eh ihre feste Meinung hätten und wir die nicht für eine radikale Kritik gewinnen können. Doch ist das nicht zu starr gedacht. In der Mobilisierung zum Antira- und Klimacamp in Hamburg 2008 und zum UN Klima Gipfel 2009 in Kopenhagen arbeiten Autonome mit anderen Leuten und Organisationen zusammen, wie solid, attac, die bund jugend und die grüne jugend und die Leute lassen sich immer wieder von radikaleren Ansätzen, sowohl von den Forderungen, als auch von den Aktionen, inspirieren, mehr als sie es sonst so tun würden. Eine Radikalisierung findet statt. Dieser Effekt ist nicht zu unterschätzen. Bis wohin die Bündnispartner gewählt werden, ist je nach Mobilisierung und Situation unterschiedlich. Bei den Demos zur Finanzkrise im März 2009 ging das Bündnis bis zu den Gewerkschaften und emanzipativeren Kräften in der Linkspartei. Dies viel dem Bündnis an manchen Punkten auf die Füße, z.B. als nicht verhindert werden konnte, dass Lafontain auf der Demo in Frankfurt spricht. Da blieb nur das Eierwerfen. Trotz des ganzen Redens kam die Diskussion an einigen Stellen nicht so richtig auf den Punkt. Die Frage, ist eine spektrenübergreifende Zusammenarbeit gewollt oder nicht, wurde nicht so richtig besprochen. Nach dem G8 waren die Perspektiventage im Januar 2008 in Berlin und im Oktober in Hamburg ein Versuch spektrenübergreifend zusammen zu kommen, sich zu streiten und in Kontakt zu treten. Das Angebot wurde im Januar noch wahrgenommen (500 Menschen), u.a. auch von Leuten vom WBA (Wir bleiben Alle!) Häuserkampf in Berlin, im Oktober war das Interesse allerdings erheblich abgesackt (100 Leute). Doch warum wird sich von der Zusammenarbeit mit anderen Strömungen und Spektren so wenig versprochen, autonome Politik ist wirkmächtiger, als sie manchmal meint. Die Angst von anderen beeinflusst und verwässert zu werden, übersieht, dass wir andere beeinflussen und radikalisieren. Das Thema Bündnisse bekam viel Raum in dem Schwerpunkt und das Feld Organisierung fiel dabei hinten runter. Dies bedauerten einige am Schluss. Immer wieder wurde angemerkt, die Zeiten, in denen sich viele autonome Kleingruppen einfach so bilden, haben sich verändert. Autonome Organisierung ist kein Selbstgänger. Es fehlt immer wieder an Strukturen wie überregionalen Treffen oder Vollversammlungen.

Die Eingangs erwähnte Debattenlücke zeigte sich auch in anderen Fragen autonomer Politik. Zwar wurde am Freitag zur Eröffnung sehr schön dargelegt, wie die Autonomen entstanden sind und was die Basis ihrer Politik ist. (Von dem sexistischen Zwischenfall abgesehen.) Von Selbstorganisierung war die Rede, vom Unabhängigsein von staatlichem- oder Parteien-Einfluss. Von Kollektivität und Konsens wurde gesprochen, dass die Meinungen nicht einer Mehrheit (Mehrheitsgesellschaft) untergeordnet werden. Mit Aktionismus, Politik auf der Strasse und nicht in den Konferenzräumen, mit Freiräumen, gelebter Kollektivität, Autonomie und Herrschaftsfreiheit ging es weiter. Doch wie und ob sich autonome Strategien verändert haben, ob die heutigen Verhältnisse (keine Kohl-Ära, keine Ost-Westblöcke, eine globalisierte Welt, kein Wohlfahrtsstaat BRD mehr, brüchiger Neoliberalismus, sich Umgruppierende globale Machtverhältnisse (wirtschaftliche Schwäche

der USA, mächtigere Schwellenländer, finanzstarkes China), sich zuspitzende Militarisierung) nicht anderer Politiken bedürfen. Eine Analyse der Verhältnisse und eine Strategiebestimmung mit der Frage, wo wir künftig den Hebel ansetzen, fand nicht statt. Hier stachen alleinig zwei Vorschläge heraus. Ein „Diskussionspapier für einen neuen Aufbruch in die Fröste der Freiheit" das eine Aufstands-Idee vorschlägt, die sich von den Ereignissen in Frankreich und Griechenland inspirieren ließ (siehe http://autonomerkongress.blogsport.de). Es fordert zum einen dazu auf offener zu werden und stärker auf die Leute zuzugehen, in der Annahme, dass viele so denken wie wir. „Die Perspektive lebenslänglicher Lohnarbeit, um dann doch allein zu verrecken und krank zu sein, ist einfach zu furchtbar." Es geht darum direkt mit den Leuten zu reden. Das Papier geht sogar noch einen Schritt weiter und meint, wir müssten uns von der subkulturellen Selbstbezogenheit abkehren, dadurch erlägen wir auch nicht weiter der Gefahr der Isolation oder der Avantgard. Stattdessen geht es darum mit den Leuten in der sozialen Konfrontation direkt am Punkt der Auseinandersetzung zusammen zu stehn. Weiter „Eins ist klar: Aufstände lassen sich nicht organisieren, Riots lassen sich organisieren." „… Und doch ermuntern uns die Entwicklungen der letzten Jahre dazu, einen Aufstand in unserem Sinne, eine neue kämpferische Internationale perspektivisch für möglich zu halten." Ein anderer Vorschlag knüpfte an die Zahltage in Köln an und schlug vor unseren eigenen Alltag und unsere Geldbeschaffung wieder stärker zu politisieren, ob beim Job oder im Jobcenter. Diesen grundlegenden Knuten des Kapitalismus nicht alleine zu begegnen, sondern praktische Solidarität zu leben, wie gemeinsam zum Amt zu gehen, andere zu unterstützen und Geld zu teilen. Über die Möglichkeit gelebter Solidarität hinaus, die Orte kapitalistischer Unterjochung auch für Widerstand zu nutzen und den Hebel da anzusetzen, wo es viel Unzufriedenheit von Leuten gibt und Verteilungs- und Eigentumsfragen Punkte einer kämpferischen Auseinandersetzung sein könnten. Beide Vorschläge konnten jedoch nur andiskutiert werden und standen etwas unverbunden im Raum qua fehlender Analyse der Verhältnisse und fehlender Einbettung in die Landschaft autonomer Strategien und Politikansätze. Um dies nachzuholen bedarf es mehr Zeit und die soll sich laut Willenbekundung auch genommen werden u.a. auf einem nächsten Kongress. Doch dazu bedarf es auch Diskussionen im Vorfeld, nicht nur z.B. auf der autonomen VV in Berlin, sondern auch in unseren Gruppen, an den Küchen- und Kneipentischen. Wir dürfen gespannt sein.

Sabine Beck (six hills berlin)

Interview mit Werner Braeuner

Am 7. Juli 2009 wurde im Rahmen der Sendung „Wieviele sind hintern Gittern, die wir draußen brauchen! Politische Gefangene – Sendung zu Repression und Widerstand" ein telefonisches Live-Interview im Webradio von Radio Flora aus Hannover mit dem Gefangenen Werner Braeuner geführt, der aus der Arbeitslosenbewegung kommt und seit Februar 2001 inhaftiert ist.

Radio: Erst mal, Guten Abend. Hörst Du mich gut?

Werner Braeuner: Ja, ich hör' Dich gut! Hallo!

Du bist seit 8 Jahren inhaftiert. Du bist damals verhaftet worden, weil Du einen Arbeitsamtsdirektor niedergestochen hast. Kannst Du mal schildern, was da genau passiert ist?

W. B.: Gut, das war 2001 im Februar: Es gab eine Auseinandersetzung und im Rahmen dieser Auseinandersetzung habe ich mich dazu durchgerungen, diese Tat zu begehen und zwar, weil ich mich nicht in diesem Krieg, der von den Arbeits- und Sozialbehörden gegen Arbeitslose und sozial Schwache geführt wird, völlig zerstören lassen wollte. Und ich glaube, das Wesentliche an dieser Tat war eben, dass sie deutlich macht, dass es diesen Krieg gibt.

Kannst Du mal erläutern, was Du unter Krieg verstehst? Ich meine, um es mal anders zu sagen, ich hatte das so verstanden: Du hattest eine Weiterbildung gemacht, und dieser Arbeitsamtsdirektor oder das Arbeitsamt in Verden hat ohne Grund Deine Leistung für drei Monate gekürzt. Stimmt das so?

W. B.: Ja gut, das war' jetzt viel zu kompliziert, das im Einzelnen zu erläutern. Aber das ist eine der typischen Situationen, dass Sperren gegeben werden und zwar so, dass also die Rechtsgrundlage dafür gar nicht besteht.

Okay, ich meine: Mensch muss es schon ein bisschen erklären. Weil, Du hast das als Krieg bezeichnet. Deine Situation war: Du hattest eine Weiterbildung, Du hattest dich geweigert, Du hattest geäußert, das ist nichts für Dich, und aufgrund dessen hat das Arbeitsamt ohne zu prüfen, mit anderen Worten, sie haben auch gegen ihre eigenen Gesetze damit verstoßen, haben sie Dir sozusagen alle Leistungen gekürzt.

W. B.: Das ist eigentlich ein Punkt, den finde ich viel zu unwichtig, um da jetzt im Einzelnen drauf einzugehen, weil das ist allgemein bekannt, dass Weiterbildungen, Trainingsmaßnahmen und jetzt seit 2005 auch 1 € Jobs hauptsächlich dazu dienen, Arbeitslose zu disziplinieren und zu demoralisieren. Die müssen stundenlang herumsitzen, untätig, das Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Und das ist eigentlich der wesentliche Kern der Auseinandersetzung, in der ich mich da auch befunden habe. Ich bin in dieser Weiterbildung krank geworden, ich konnte das nicht mehr ertragen dort herumzusitzen und das war der Punkt, da ging es mir so wie vielleicht Millionen Anderen! Und welche Details da im Einzelnen vorliegen, das ist in jedem Fall irgendwie verschieden, aber letzten Endes uninteressant, denke ich mal. Weiterhin ist dazu zu sagen, dass dieser Bereich der Weiterbildung ein Bereich ist, in dem Milliarden € jährlich umgesetzt werden. Im Jahr 2001 waren es 20 Milliarden und jetzt sind es nur noch 10 Milliarden €, die an die Träger von solchen Maßnahmen gegeben werden, damit die solche Maßnahmen durchführen können. Das ist ein Riesengeschäft, denn davon leben eine Menge Leute sehr gut von und da liegt eben die Konfliktlinie, da ist sozusagen die Frontlinie in diesem Krieg, der von den Arbeits- und Sozialbehörden gegen Arbeitslose und sozial Schwache und prekär beschäftigte Menschen geführt wird. Um die so zu demoralisieren, dass sie bereit sind, sich unter Bedingungen zu stellen, die sie sonst niemals hätten akzeptieren mögen. Sei es von den Arbeitsbedingungen, von den Löhnen her und so weiter und so fort. Ich wundere mich nur immer wieder, dass das kaum je zur Sprache kommt und in meiner Tat ist das ganz wesentlich auch der Konfliktpunkt gewesen. Ich habe auch deutlich gemerkt, dass Staat und Justiz unglaublich viel Angst davor haben, dass diese Dinge zur Sprache kommen. Ich bin massiv unter Druck gesetzt worden. Und zwar wurde mir zur Wahl gestellt, entweder zu sagen, es handele sich um eine individuelle Tragödie, die mich zu dieser Tat veranlasst habe, dann würde man mich noch einigermaßen anständig behandeln, und mir eine normale Haftstrafe geben. Wenn ich aber darauf bestehen würde, diese Tat als politische Tat zu betrachten, dann droht mir der Wachsaal in der Psychiatrie, das heißt,

das ist die härteste Sanktion, die dieser Staat überhaupt vergeben kann. Heißt Zwangsmedikation, heißt völlige Isolation, da kann die Telekommunikation, also Post, Besuche, Telefonieren, völlig unterbunden werden und das ist praktisch die härteste Sanktion, die es überhaupt gibt. Nur unter diesem Druck bin ich dann bereit gewesen, von dieser politischen Seite meiner Tat abzurücken.

Ich kann das bestätigen. Bei der Sendungsvorbereitung hatte ich einen alten Artikel aus der Jungle World gelesen, der das ganz gut beschrieben hat, wie sozusagen die politische Dimension total aus dem Verfahren herausgenommen worden ist. Die (radikale) Linke hat sich ja da auch nicht zu Dir sehr solidarisch verhalten. Die Arbeitslosenbewegung hat sich ja mehr oder minder von Deiner Aktion distanziert. Trifft das so zu?

W. B.: Ich meine, der Staat hat eine enorme Angst davor, dass sich noch einmal so eine gewalttätige Widerstandsbewegung entwickelt wie in den sechziger und siebziger Jahren. Zum Beispiel die Roten Armee Fraktion und den anderen kämpfenden Gruppen. Da weiß jeder und jede, in einem solchen Moment geht es um alles, dann wird der Staat ohne Rücksicht zuschlagen, und davor haben alle Angst, und deshalb distanzieren sie sich. Das ist selbstverständlich. Nur heißt das ja nicht, dass diese Distanzierung auch tatsächlich ernst gemeint war. Das war, denke ich, eine Distanzierung aus Angst.

Du meinst die Arbeitslosenbewegung?

W. B.: Ja, sicher. Die sind sowieso von Angst geschüttelt. Also diejenigen, die sich dort als Vertreter und als Sprecher der Arbeitslosen gebärden, sind ja letzten Endes doch Leute, die noch relativ privilegiert sind, und die sprechen nicht für die tatsächlichen Arbeitslosen. Mensch hört von Seiten der Arbeitslosenbewegung auch keine Kritik an dieser mafiaartigen Struktur aus Arbeitsagenturen und Sozialbehörden auf der einen Seite und diesen Weiterbildungsträgern auf der anderen Seite. Die da ihre Milliarden jedes Jahr umsetzen und sich bereichern auf Kosten der Arbeitslosen und die Drecksarbeit für die Herrschenden machen, indem sie die Arbeitslosen da schurigeln und demoralisieren. Und diese Kritik kommt von der Seite überhaupt nicht.

Das ist richtig und die Gewerkschaft partizipiert ebenso, hattest Du auch mal in einem längeren Papier geschrieben. Ich will jetzt auf deine Haftsituation eingehen: Du bist im Februar 2001 verhaftet worden, inzwischen warst Du in vier Gefängnissen Niedersachsens, soweit ich das weiß. Nämlich in Verden, Oldenburg, Meppen und jetzt bist Du in der JVA Sehnde. Was ist das für ein Knast? Ist das jetzt ein Hochsicherheitstrakt und wie sind Deine Bedingungen?

W. B.: Jetzt bin ich in einer normalen Strafhaftstation eines Hochsicherheitsgefängnisses. Um das vom Ablauf kurz darzustellen: ich war zuerst 18 Monate in der U-Haft in Verden und dort war ich unter Bedingungen, die direkt als Folter zu bezeichnen sind. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Menschen zu foltern. Ich meine jetzt nicht die so genannte weiße Folter, das was mir geschehen ist, ging weit über weiße Folter hinaus. Ich war in einem Haftraum von 7,5 Quadratmetern, offene Toilette, 23 Stunden Einschluss, und mit einem zweiten Gefangenen mußte ich mir die Zelle die ganze Zeit teilen. Das alleine ist schon schlimm genug, wenn es aber dann noch Gefangene sind, die schwerst persönlichkeitsgestört sind und regelrecht permanent Terror ausüben, indem sie unsinniges Zeug reden, sehr laute Musik hören und permanent völlig chaotisch agieren, dann begreife ich das als Folter. Ich denke, da wurden auch ganz bewusst Gefangene ausgewählt. Ich habe es auch von meinen Mitgefangenen gehört, die haben mich gefragt: „Wie hältst Du es überhaupt mit diesem Arschloch da auf der Zelle so

lange aus?“ Es sollte verhindert werden, dass ich meine widerständige Haltung durchsetze, mit dem Ziel, mich weich zu klopfen. Das waren die ersten 9 Monate meiner Haft. Nach 6 Monaten begann die Verhandlung und ich war völlig apathisch gewesen. Kurzum völlig am Ende. Der Staat zeigt, welche große Angst er vor Widerstand hat, wenn er zu solchen Maßnahmen greift. Das dauerte bis 2002, danach bin ich von der U-Haft aus in die JVA Meppen verlegt worden. Das ist eine Strafhaftanstalt mit niedriger Sicherheitsstufe und insgesamt war ich da 2,5 Jahre. Von dort bin ich in die Hochsicherheitsanstalt Oldenburg verschubt worden, mit der Begründung im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001 sei ich als „Linksextremist“ aufgeführt. Ich war in Oldenburg im Jahre 2005, in dem Jahr, in dem auch die 1 € Jobs eingeführt worden sind. In Oldenburg gab es einen eklatanten Bruch des Strafvollzugsgesetzes, weil sie dort durchgängig die Post kontrolliert, also die Post mitgelesen und Telefonate mitgehört haben, was laut Strafvollzugsgesetz in dieser Form gar nicht zulässig ist. Es war praktisch eine Sonderstrafanstalt, ein kleines Guantánamo für Gefangene, die besonders unbeliebt sind. Ich habe es geschafft nach 1,5 Jahren aus Oldenburg wegzukommen, durch eine Kampfmaßnahme meinerseits. Seit September 2006 bin ich in der JVA hier in Sehnde. Ich hatte auch hier teilweise enorme Schwierigkeiten, war lange Zeit in der Isolation, habe mich selbst eingeschlossen und hab aber jetzt seit einem Jahr eine relativ gute Situation.

Du hast das eben als Kampfmaßnahme bezeichnet, wie Du von Oldenburg nach Sehnde gekommen bist. Kannst Du schildern, wie du das durchgesetzt hast?

W.B.: Ich hab mich geweigert, meinen Haftraum zu verlassen und es auch der Anstalt anheim gestellt, ob sie mir Essen bringen will oder nicht, weil normalerweise muss man sein Essen selbst abholen gehen. Dazu habe ich gesagt, das könnt Ihr mir bringen oder nicht, wenn Ihr es mir nicht bringt, dann ist es eben zusätzlich Hungerstreik. Dann haben die eine Regelung gefunden, dass mir das Essen an den Haftraum gebracht werden konnte. Das habe ich so mehrere Wochen, ich glaube sieben, acht Wochen durchgehalten und danach waren die endlich bereit, weil ich das ja mit der Forderung verbunden hatte, in eine andere Haftanstalt verlegt zu werden, nämlich nach Sehnde. Daraufhin ist es dann also zu dieser Verlegung gekommen.

Wie sind deine Bedingungen in der JVA Sehnde? Wie groß ist der Knast?

W.B.: Es sind dort ungefähr 400 Gefangene in den einzelnen Hafthäusern. Es ist eine sehr moderne Anstalt, die erst vor kurzem in Betrieb gegangen ist und hier wird ein Kleingruppenvollzug praktiziert. Das heißt, es gibt immer einzelne, völlig abgeschottete Stationen mit 20 Gefangenen. Und die anderen Inhaftierten auf den anderen Stationen sieht man nur gelegenlich und begrenzt beim Sport. Auf einzelnen Haftstationen werden einige zusammengefasst, die machen gemeinsam Sport und Hofgang. Es gibt hier drei verschiedene Höfe, so dass die Gefangenen zusätzlich von einander getrennt werden können. Und so herrscht hier doch eine große Isolation, die Eingesperrten wissen nicht, was in anderen Häusern los ist, die können sich nicht koordinieren, die können sich nicht gemeinsam irgendwie widerständig verabreden.

Arbeitest Du?

W.B.: Ja, das ist sehr wichtig in der Haft arbeiten zu können, weil sonst die Haftbedingungen extrem schlecht werden. Und zwar in der Form, dass dann nachmittags Einschluss ist, dann hat man, wenn man nicht arbeitet, nur vormittags zwei Stunden die Tür auf und kann z.B. duschen gehen oder sich in der Küche was machen. Anschließend ist den ganzen Tag bis zum nächsten Morgen die Tür wieder zu. Und vor allem hat mensch kein Geld, um die Kabelgebühren fürs Fernsehgerät und so weiter zu bezahlen, auch zusätzlich was einkaufen, ist nicht möglich. Die Haftverpflegung ist hier nicht so ausreichend, dass man sich davon alleine gesund ernähren könnte und dann treten Mangelerscheinungen auf. Um das zu vermeiden, ist es nur durch das erarbeitete Geld möglich, durch Zusatzeinkäufe beim Kaufmann in der Anstalt, sich irgendwie einigermaßen noch gesund zu ernähren. Also ‚gesund‘ heißt wirklich auf einem ganz niedrigen Niveau. Geweckt wird um 6 Uhr, danach wird Kaffe getrunken und um 7 Uhr geht es in die Arbeitsstätten. Feierabend ist etwa um 15 Uhr und dann geht es zurück auf die Haftstation. Da gibt es von 16 Uhr bis 17 Uhr Hofgang. Wenn einer nicht am Hofgang teilnehmen möchte, dann wird er in seinem Haftraum eingeschlossen. Um 17 Uhr wird die Tür zum Verteilen des Abendessens wieder aufgeschlossen und bleibt bis 19.45 auf. Danach wird die Tür des Haftraums für die Nacht verschlossen. Der übliche Ablauf.

Wie sind die Besuchsbedingungen in Sehnde?

W.B.: Umständlich. Es muss mindestens 14 Tage vorher schon der Antrag für den Besuch eingereicht werden und es gibt drei Stunden Besuch im Monat. Der Besuchsraum ist sehr unwirtlich, da hängen überall Kameras, die Tische sind mit Glasbelägen, so dass die Kameras auch durchschauen können, ob da irgendwelche Dinge übergeben werden. Berührungen sind da nicht möglich, das wird auch nicht erlaubt. Der wachhabende Beamte sitzt praktisch sozusagen mittendrin. Der Besuchsraum ist so ein bisschen wie ein Halbrund aufgebaut der und in dem Zentrum dieses Halbrundes ist dann der Ort, wo dieser wachhabende Beamte sitzt. Die Tische stehen recht eng beieinander, so hat man nicht das Gefühl etwas ungestörter miteinander reden zu können.

Du kennst jetzt vier Gefängnisse in Niedersachsen. Wozu dient das deiner Einschätzung nach? Was hat Knast für eine Funktion? Du hattest im Jahr 2007 einen Brief geschrieben, ich zitiere: „Schon immer war Knast Vorreiter sozialer, politischer und ökonomischer Repression und Reaktion. Letztes und schärfstes Drohpotential der Herrschenden zur Disziplinierung der Beherrschten. „Kannst Du zum Ende des Gespräches ein Resümee ziehen?

W.B.: Um das schlagwortartig auf den Begriff zu bringen: Knast ist die Keimzelle dieser Gesellschaft. Denn jeder und jede in dieser Gesellschaft interessiert sich für Knast, es ist bekannt, dass es das gibt, das ist ein Aufreger-Thema. Die Medien bringen viele Berichte, die direkt aus den Knästen heraus zeigen, wie das Leben dort ist. Zum Beispiel gibt es über die JVA Oldenburg einen ganz berüchtigten Beitrag aus dem Jahr 2005 von der ARD. Der heißt: „Das Alcatraz des Nordens". Es gibt ständig viele vergleichbare Berichte: Über die Ereignisse in Sachsen, mit dem Beinahe-Mord im Jugendgefängnis. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Siegburg, Nordrhein-Westfalen. Bekannt ist, dass Knast eine sehr unangenehme Situation bedeutet. Das ist der Knüppel, den der Staat in der Hand hält und der durch die Fernsehgeräte in jedes Wohnzimmer an die Wand projiziert wird - drohend hängt er dann dort. Allen ist bewußt, dass sie sich sehr genau überlegen müssen, wie weit ihr Widerstandsgeist gehen sollte, um nicht mit dieser Sanktion belegt zu werden und in einen Knast zu kommen. Knast ist nur Theater: Ich glaube die meisten Gefangenen hier sind einfach nur Statisten für dieses Theaterstück. Das eigentliche Publikum sitzt draußen, an diese ist das Stück gerichtet.

Du meinst, dass das Theater die Menschen draußen abschrecken soll, und das sie sich so immer „brav" an die Gesetze halten sollen. Nur wenn sie „Ärger machen", dann besteht für sie die Gefahr, dass sie auch in den Knast kommen können. Du meinst es soll die Menschen abschrecken?

W.B.: Das ist Einschüchterung der allgemeinen Öffentlichkeit. Mensch weiß, dass die Mütter ihren Kindern vom Knast erzählen, wenn sie noch ganz klein sind. Das ist allgemein üblich und da fängt es schon an. Diese Angst ist ganz tief in der Gesellschaft verankert. Daraus folgen weitere Ängste: „Ich will nichts mit der Polizei zu tun haben. Ich will nichts mit den Gerichten zu tun haben." Das hat natürlich den Hintergrund, dass Polizei und Gerichte dafür sorgen, dass Menschen in den Knast gesperrt werden. Davor herrscht Angst.

Eine Frage hätte ich noch. Wie ist denn so die Solidarität unter Euch Gefangenen? Kannst Du da was zu sagen?

W.B.: Die meisten, die hier einsitzen, gehören nicht gerade zu den privilegierten Menschen in dieser Gesellschaft. Die sind gewohnt, dass sie sich alleine durchs Leben schlagen und dass sie sich mit Ellbogen durchkämpfen müssen. In solchen Lebenssituationen ist kein Platz für Solidarität, weil Solidarität eine gewisse Organisation voraussetzt und auch eine gewisse Stärke. Ich glaube, die fehlt den meisten. Ich glaube, für die ist der Knast Ausdruck oder deutliches Zeichen ihres Scheiterns im Hinblick auf ihre Versuche sich in dieser Gesellschaft zu integrieren oder sich anzupassen. Die meisten erleben den Knast als wirklich unangenehmes Ergebnis individuellen Versagens. Von daher sind sie auch nicht der Meinung, dass die anderen um sie herum das anders betrachten würden. Von daher fehlt eine positive Bezugnahme für allgemeine Solidarität. Es ist sehr schwierig, im Knast Solidarität zu entwickeln. Der einzelne kann jederzeit massiv unter Druck gesetzt werden, das geht sehr leicht. Es gibt zum Beispiel Stationen, auf denen vermehrt schwer Verhaltens- und persönlichkeitsgestörte Gefangene untergebracht sind. Die sind gewalttätig, die sind verrückt und die machen irrsinnige Sachen. Die bedrohen, die belästigen, die wenden Gewalt an. Jeder ist froh, wenn er auf einer Haftstation ist, wo es einigermaßen noch normal zugeht. Jeder weiß, die Haftanstalt kann aber jeden, der irgendwie widerständig ist, ohne weiteres auf eine Haftstation verlegen, wo es drunter und drüber geht. Das sind z. B. ganz klare Möglichkeiten, die Gefangenen einzuschüchtern, so dass die keinen Widerstand leisten. Hinzu kommt natürlich noch die ganze Thematik mit der vorzeitigen Entlassung. Nur Gefangene, die sich nicht widerständig verhalten, haben eine Chance auf eine vorzeitige Entlassung. Der Staat verlangt eigentlich Unterwerfung, das ist genau der Punkt, das ist die entscheidende Frage, wer sich nicht unterwirft, der muss immer damit rechnen, nach Ende der Haftzeit noch in Sicherungsverwahrung genommen zu werden. Das ist eine sehr harte Sanktion - das heißt eine potentiell unendlich lange Strafe.

Meine letzte Frage. Werner, wie sieht es bei Dir aus? Du bist damals zu 12 Jahren verurteilt worden. Das heißt, Du müsstest, „wenn alles gut geht", im Februar 2013 entlassen werden?

W.B.: Die Strafe, zu der ich verurteilt worden bin, lautete auf Totschlag und nicht auf Mord. Wenn es Mord gewesen wäre, dann wäre es eine Mindeststrafe von 15 Jahren. Das ist aber Theorie, denn die Mindeststrafe ist reell 17 Jahre und im Durchschnitt sind es 22 Jahre, die ein zu Mord Verurteilter im Gefängnis zu verbleiben hat. Ich bin aber nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags verurteilt worden. Somit begrenzte sich das Strafmaß auf eine Zeit zwischen 5 und 15 Jahren maximal. Ich habe 12 Jahre erhalten und wenn es mit normalen Dingen zugehen würde, heißt das, dass ich im Februar 2013 entlassen werden würde. Falls aber irgend etwas dazu kommt, dann werde ich auf unbestimmte Zeit in Sicherungsverwahrung genommen. Da gibt es ein paar juristische Bedingungen, die da zu beachten sind, aber die in meinem Fall dadurch erfüllt sind, weil der Verfassungsschutz mich nachträglich als Linksextremist angeführt hat, d.h. nachdem mein Urteil rechtskräftig war. Das ist dabei der entscheidende Punkt, der Zeitpunkt. So wäre es für die Justiz also ohne weiteres möglich, mich bis zum Ende meines Lebens, quasi bis zum letzten Atemzug, in Haft zu halten, so weit ich mich widerständig verhalte, wird das dann auch voraussichtlich geschehen. Ich lasse mich aber nicht einschüchtern.

OK, Werner, wir lassen das mal so stehen und wir werden das Gespräch bestimmt noch einmal weiter führen, Tschau!

W.B.: Tschau, bis dann!

aus Gefangenen Info Nr. 349/350

Contra Continental

Ein mexikanischer Arbeitskampf fordert deutsche Gewerkschaften heraus

Die mexikanischen Arbeiter des Reifenwerkes Euzkadi in El Salto streikten drei Jahre lang gegen die Werksschließung durch die deutsche Continental AG. Die Selbstorganisierung und der Arbeitskampf verliefen so erfolgreich, dass die Produktion seit 2005 selbstverwaltet wieder aufgenommen werden konnte. Das von Georg Maaß und Lars Stubbe herausgegebene Buch »Contra Continental« rekonstruiert in Interviews mit verschiedenen AkteurInnen die Etappen der Auseinandersetzung.

Pascal Jurt: Ihr habt mit eurem Buch den Arbeitskampf einer mexikanischen Kooperative dokumentiert. Wie kam es dazu?

Lars Stubbe: Zentral ist, dass es ein geradezu modellhafter Streik war: Ein deutsches Unternehmen hat in neokolonialer Manier versucht, seine Interessen durchzusetzen und eine kleine, rebellische und entschiedene Belegschaft nutzt die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Hinzu kommt, dass ich seit Jahren unabhängige, gewerkschaftsnahe, internationalistische Initiativen unterstützt hatte. Zudem schrie das offensichtlich ablehnende Verhalten der IG Bergbau Chemie Energie (IG BCE) den Leuten von Euzkadi gegenüber geradezu nach einer Dokumentation. Schließlich ging es auch darum, zu zeigen, dass Arbeiterkämpfe immer noch eine bedeutende Größe sind, trotz mancher theoretischer Moden, die davon ausgehen, dass der Klassenkampf nicht mehr den grundlegenden Antrieb des gesellschaftlichen Antagonismus darstellt. Im internationalen Maßstab betrachtet, sind Arbeitskämpfe vielleicht sogar eine im Wachsen begriffene Größe. Ohne zu idealisieren: Hier gab es Arbeiter, die sich nicht nur gegen die Zumutungen der Außer-wertsetzung ihrer Arbeitskraft wehrten, sondern die darüber hinaus den Anspruch vertraten, in Zukunft an einer Produktionsweise beteiligt zu sein, die sich an einer Gebrauchswertproduktion orientiert. Und dies einmal nicht in einem Nischenbetrieb der Dienstleistungsindustrie, sondern in einem modernen Großbetrieb als Teil der normalen kapitalistischen Industrie.

Der Streik dauerte sehr lange - die Arbeiter und ihre Familien wurden durch massive Einschüchterungen und Bedrohungen extrem unter Druck gesetzt, die medizinische Versorgung wurde ihnen verweigert, schwarze Listen kursierten. Der Beitrag von Lisa Carstensen in eurem Buch zeigt, wie die Werkschließung den Familienalltag und die ursprünglich recht traditionellen Rollen der Frauen stark veränderte. Inwieweit kam es zu einer Veränderung herkömmlicher Geschlechterverhältnisse?

In der Tat wendete das deutsche Kapital im Ausland viele Methoden der Einschüchterung und Bedrohung an. Um die stattgefundenen Veränderungen einschätzen zu können, muss man wissen, dass Euzkadi ein rein männlicher Betrieb war. Hier herrschte in den meisten Familien wohl eine klassische Familienkonstellation vor. Die Frauen waren meist nach dem Muster »Zusatzerwerb für Kosmetik« erwerbstätig. So lautet die gelegentlich geäußerte abwertende Fremdeinschätzung -und auch Selbsteinschätzung. Mit dem Streik veränderte sich ihre Situation auf einmal objektiv, da sie es jetzt vielfach waren, die den wesentlichen Lohn nach Hause brachten. Das führte langfristig natürlich auch zu Rollenverschiebungen in den häuslichen Beziehungen. Entscheidend war jedoch, dass die Frauen sich in einer eigenständigen Gruppe als Ehefrauen und weibliche Angehörige selbst organisierten. Dies förderte den Informationsfluss und diente der stärkeren Solidarisierung untereinander.

Inwieweit sich die Geschlechterverhältnisse damit auch langfristig änderten oder noch ändern werden, kann vielleicht heute noch nicht abschließend beurteilt werden. Doch so, wie es auch innerhalb der Belegschaft Spaltungen gegeben hat, wenn Arbeiter die Abfindungen angenommen haben oder aus dem Streik ausgeschert sind, hat es natürlich auch in Bezug auf die Familienverhältnisse viele Brüche gegeben. Und manche Beziehung hat den Streik nicht überstanden.

Welche Rolle spielten die mexikanischen Gewerkschaften bei dem Prozess?

Seit dem Pakt, den Teile der Arbeiter während der Revolution zwischen 1910 und 1929 mit dem Kapital gegen die revolutionären Bauern eingegangen sind, hat es in Mexiko einen kooperativistisch orientierten hegemonialen Flügel der Arbeiterbewegung gegeben. Dieser hat sich nach der Gründung der Partido Revolucionario Institucional (PRI) über viele Jahrzehnte in der Confederación de Trabajadores de México (CTM) mit einer völlig verkalkten Gewerkschaftsbürokratie an der Macht gehalten, indem er Arbeiterinitiativen von unten brach und mit milden Zugeständnissen seine nicht selten offen korrupte Politik betrieb. In einzelnen Teilen der Arbeiterklasse hatten sich aber auch nach der Revolution immer Bestände einer Autonomie erhalten. Euzkadi war dafür über 70 Jahre lang ein Beispiel, die revoltierenden Eisenbahnarbeiter im großen Streik 1958/59 ein anderes. Nach 1968 wurden vor allem an den Universitäten autonome Gewerkschaften gegründet. Es gibt also heute eine kleine Gruppe unabhängiger Gewerkschaften, wie zum Beispiel die der Flugbegleiter, die den Streik auch wesentlich unterstützt haben, zum Beispiel durch Vergabe von Freitickets für Flüge nach Europa. Die Mehrheit der in der CTM organisierten Gewerkschaften hat diesen Kampf hingegen nicht unterstützt. Erwähnt werden sollte noch die Unterstützung durch die »Cooperativa Pascual«, eine Getränkekooperative, die selbst nach einem dreijährigen Streik in den Achtzigern nach Enteignung des

Unternehmens gegründet wurde. Sie half vor allem, die aufwändige Gewerkschaftsarbeit während des Streiks zu unterstützen.

Wie haben sich denn die deutschen Gewerkschaften verhalten? Oliver Lerone Schultz erwähnt, dass er auf den Webseiten der IG-Metall und der IG-BCE keinen Eintrag zum erfolgreichen Arbeitskampf der mexikanischen Arbeiter gefunden habe. Die Arbeiterinnen der Continental- Werke in Hannover sind ja von dem Klassenkampf von oben durchaus selbst betroffen.

Es scheint mir weniger Ignoranz der Gewerkschaftsführungen zu sein, denn diese sind ja meist sehr gut unterrichtet. Vielmehr sind solche Kämpfe unerwünscht, weil sie hier nicht kontrolliert werden können, schließlich haben die jeweiligen Gewerkschaften keine direkte Gewalt über die ausländischen Delegationen. Wenn dann eine Solidarisierung durch Betriebsräte oder Belegschaft einsetzen würde, sähe sich die Gewerkschaftsführung schnell der Frage ausgesetzt, was sie denn konkret tun sollen. Hinzu kommt, dass gerade Gewerkschaften wie die IG BCE merken, dass ihnen die Konfliktfähigkeit fehlt, die diese Kolleginnen mitbrachten. Zudem wird das Denken von der Angst bestimmt, mit den eingefahrenen und etablierten Wegen brechen zu müssen, um in einer ungewissen Zukunft anzukommen. Allerdings ist mit Jürgen Scharna ein Betriebsrat aus dem Werk in Hannover-Stöcken mit einem kritischen Beitrag in unserem Buch vertreten. Teile der Belegschaft haben also durchaus erkannt, dass die Vorgehensweise der Continental in Mexiko nur in kontinentübergreifenden Organisierungsversuchen bekämpft werden kann.

Den Kampf für die Selbstverwaltung ordnest du als Teil der Geschichte der Genossenschaftsbewegung und der Arbeiterautonomie ein...

Die Frage ist doch: Welche Perspektive haben Kooperativen im Kapitalismus? Bleiben sie Inseln oder bilden sie Bestandteile einer neuen Form gesellschaftlicher Verhältnisse, die die politische Ökonomie des Kapitals überwindet? Mir schien es wichtig, ein wenig historisch auszuholen, da die politische Geschichte der gewerkschaftsnahen Kooperativen in Deutschland doppelt gebrochen ist: Einmal durch den Faschismus, der die damals entstandene Kultur widersprüchlich integrierte oder ausmerzte, und dann durch die jüngste Gewerkschaftsgeschichte, wenn wir etwa an die immense Veruntreuung von Mieter- und Mitgliedswerten denken. Es ist kein Wunder, dass es derzeit innerhalb der Gewerkschaftslinken nur sehr marginal Diskussionen zu Betriebsübernahmen und Kooperativengründungen gibt. Also geht es darum, bestimmte Inhalte wieder diskussionsfähig zu machen. Schließlich sind die Strukturen von Kooperativen derart vielfältig, dass eine generelle Aussage über ihre Qualität praktisch unmöglich ist.

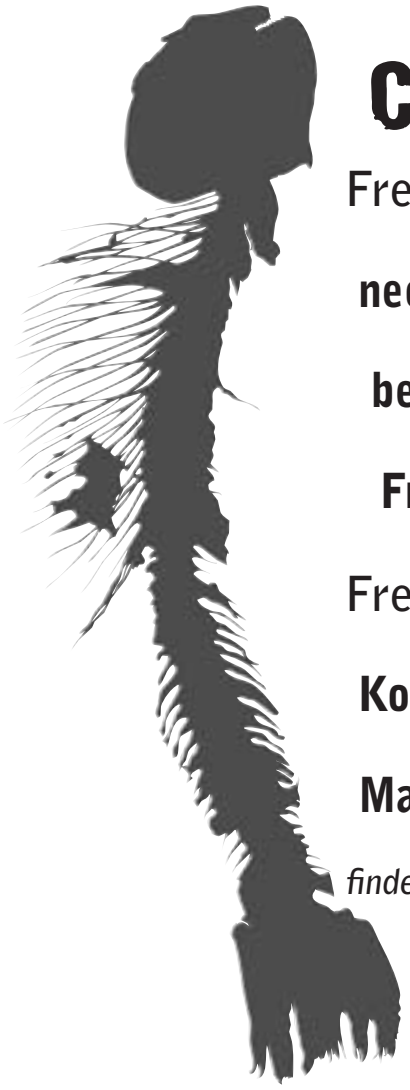
Entscheidend ist, wie die verschiedenen Betriebe wirklich Gebrauchswerte zur Befriedigung von Bedürfnissen produzieren. Welche Instanz soll die verschiedenen Interessen bündeln und wo soll über diese Bedürfnisse entschieden werden? Wenn alleine Arbeiterversammlungen über die Produktion entscheiden, wie soll dann verhindert werden, dass ihr egoistisches Interesse nicht die gesellschaftlichen Zusammenhänge gefährdet? Ich denke, es gibt derzeit keinen Plan, was sicher mit der Unterentwicklung der Kämpfe zu tun hat. Die verschiedenen kooperativen Produktionsmodelle sind in Sackgassen gelaufen. Sie hatten nicht hinreichend Möglichkeiten, auf den »grandes Alamedas« (großen Alleen), von denen Allende sprach, zu flanieren, um im selbstbestimmten Versuch eine Auflösung der Politischen Ökonomie durchzusetzen.

Der in Mexiko lehrende Politikwissenschaftler John Holloway plädiert in seinem Nachwort für eine grundsätzliche Kritik an den Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung.

Im Kern geht es ihm um eine ganz einfache Marx'sche Erkenntnis: Der Mensch als »Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse« wird im Kapitalismus nicht wahrgenommen. Nur insofern seine Arbeitskraft einen Wert hat, als er abstrakte Arbeit zu produzieren in der Lage ist, hat er einen gesellschaftlichen Wert. Schlimmer noch: Seine nützlichen, konkreten Arbeiten existieren nur in der Form der abstrakten Arbeit. Es gibt also keine unmittelbaren Arbeiten, mit denen ich mich auf die Bedürfnisse anderer Menschen konzentrieren kann und die ich nur zu dem Zweck ausführe, weil sie fehlen und die Bedürfnisse anderer Menschen befriedigen. Wenn wir davon ausgehen, dass es darum geht, die konkrete Arbeit von der abstrakten zu befreien, dann muss die Leitschnur kooperativen Handelns nicht der ökonomische Output, sondern die Frage danach sein, was es zur Abschaffung der Arbeit beiträgt.

Lars Stubbe ist zusammen mit Georg Maaß Herausgeber des Buches »Contra Continental. Der Widerstand der mexikanischen Euzkadi-Arbeiter gegen den deutschen Reifenkonzern«, ISP Verlag 2009. Das Interview führte Pascal Jurt.

aus iz3w nov/dez2009



crushhour concerts läd ein:

Freitag, 29.1.10

neongrey wavepunk aus Bremen

bernd k. politpunk aus Bremen

Freddy and the Beatboys mogelmetal aus Oldenburg

Freitag, 19.03.10

Kobayashi HC-Punk aus Bremen/Köln

Makia ex-Koyaanisqatsi/ex-pice of mind

findet nicht im Alhambra, sondern auf dem Wagenplatz (Am Stau 117a) statt!

Montag, 19.04.10

Little Teeth experimenteller Folk aus San Francisco

Kopenhagen – und das war's?

Perspektiven linker Klimapolitik

Der Klimawandel ist kein apokalyptisches Zukunftsszenario - im Gegenteil: Er ist bereits in vollem Gange, insbesondere in den ohnehin armen, d.h. zur Peripherie degradierten Regionen des Globus. Die für den Kopenhagen-Prozess als zentrale Wegmarke ausgegebene Begrenzung der Erderwärmung um zwei Grad ist mit anderen Worten als Ausdruck weltweiter Macht- und Ausbeutungsverhältnisse zu kritisieren. Denn vorausgesetzt wird zum einen, dass 500 Millionen zusätzlich Hungernde oder 200 Millionen Klimaflüchtlinge extra (um nur zwei Beispiele zu nennen),irgendwie' noch akzeptabel seien, zum anderen, dass die reichen Industrieländer ihre (Wohlstands-) Emissionen auf die Schnelle nicht drosseln könnten. Aber auch linke Klimapolitik ist vielerorts auf dem Holzweg: Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzungen mit den falschen Lösungen herrschender Klimapolitik (etwa dem CO2-Emissionshandel), nicht jedoch die konkrete Analyse jener Bereiche, in denen Treibhausgase entstehen – ob in der industriellen Landwirtschaft, auf den Straßen oder im Zuge kapitalistischer Überproduktion bzw. -konsumtion. In der Veranstaltung soll in einem ersten Schritt den Ursachen linker, klimapolitischer Verzagtheiten auf den Grund gegangen werden. In diesem Zusammenhang wird insbesondere der Verlust internationalistischer bzw. globaler Solidaritätsperspektiven seit Beginn der 1990er Jahre eine wichtige Rolle spielen. In einem zweiten Schritt werden dann – ausgehend von Kopenhagen – Eckpunkte linker Klimapolitik zur Debatte gestellt, insbesondere unter Berücksichtigung davon, was globale Gerechtigkeit praktisch heißt bzw. heißen sollte.

Input & Debatte mit Franzis Binder und Olaf Bernau (NoLager Bremen/Klimaplenum Bremen)

Dienstag 19.1.2010 um 20:30 im Subklub

Januar 2010

Sa.	2.1.	22:00	Lesbischwule Schlagerparty
Di.	5.1.	21:00	Subklub Satire: ‚Vertrauen' , Trampert und Ebermann
Fr.	8.1.	22:00	Mash up di place
Sa.	9.1.	22:00	Frauenparty
Di.	12.1.	21:00	Subklub: Menschenhandel
Do.	14.1.	22:00	Fachschaftsparty Physik
Fr.	15.1.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	16.1.	22:00	Männerfabrik
Di.	19.1.	20:30	Subklub: Kopenhagen – Und das war's?
Fr.	22.1.	21:00	Subklub + Hempels on Tour: Feuerzangenbowle
Sa.	23.1.	22:00	In.die.Nacht-Festival II
Di.	26.1.	20:30	Subklub: Kontrollverluste
Fr.	29.1.	22:00	Crush Hour Konzert:
Sa.	30.1.	23:00	Rosa Disco

Februar 2010

Fr.	5.2.	22:00	Mash up di place
Sa.	6.2.	22:00	Homophilias - Party für Lesben und Schwule
Fr.	12.2.	23:00	Minimal Electro Party
Sa.	13.2.	22:00	Lesbischwule Bad-Taste-Party
Fr.	19.2.	23:00	Teonanacatl / Terz AG
Sa.	20.2.	22:00	Männerfabrik
Fr.	26.2.	21:00	Konzert: Orange Vibes
Sa.	27.2.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum OI/BI
Mo.	20:30	Antifa-Café
Mo.	21:00	Mumia-Bündnis
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum